

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumeralo: Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstmal täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühren wie folgt: für die hochgepatente in den gelben oder deren Raum 40 Pf. 5 aber Vereins- und Versammlungs-Anzeigen sowie Redaktions-20 Pf. Inland für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Donnerstag, den 5. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Das deutsche Wirtschaftsjahr 1898.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr gleicht äußerlich in allem Wesentlichen seinem Vorgänger.

Die Industrie sah ihre Produktionsfähigkeit weiter in außergewöhnlichem Maße angespannt. Mit Ausnahme der Textilgewerbe, die seit Jahren schon an Uebererzeugung leiden und die daher auch in Deutschland wie in anderen Ländern, am lautesten nach Eröffnung neuer Märkte schreien, sind die Preise überall günstige geblieben, zum Theil sind sie sogar weiter gestiegen. Selbst die Landwirtschaft hat ihre Produkte verhältnismäßig hoch verwerthen können; dazu verfügte sie über eine außerordentlich reiche Ernte.

Das behagliche Wohlgefühl, das alle kapitalistischen Kreise durchdrang, war so unergründlich, daß alle Diabolsposten aus nahen und fernem Wetterwinden kaum einen Eindruck hinterließen. Während sonst die Börse Rücken zu seihen liebt, hat sie im letzten Jahre in aller Seelenruhe die größten Kameele verschluckt. Der koloniale und finanzielle Zusammenbruch Spaniens, das Ausstreben der Union als Kolonial- und Welt-handelsmacht, die englischen Schiffsdemonstrationen in den chinesischen Gewässern gegen Rußland und seine Helfershelfer in Peking, die weitere Verstäekung des ewigen Reiches der Mitte, die Siege des Sirdar und die erbitternde Demüthigung Frankreichs, das alles hat auf sie weder einen tiefer greifenden noch einen länger dauernden Einfluß auszuüben vermocht. Man suchte wohl im ersten Augenblick, wandte sich dann jedoch wieder den gewinnbringenden Alltags-geschäften zu. Man sieht in allen großen Umwälzungen des internationalen Wirtschaftslebens vorläufig nur das Gute: die Ausschließung neuer Gebiete für riesenhafte Kapitalanlagen, die Belebung des Außenhandels, den wachsenden Bedarf an friedlichem und kriegerischem Schiffsmaterial daheim und in allen Buchten der fremden Meere. Man glaubt noch an keinen Umschlag, man weilt triumphirend auf die stetig steigenden Ziffern der Produktions- und Handelsstatistik hin.

Die deutsche Ausfuhr — der Jahresabschluss liegt noch nicht vor — hatte sich von Januar bis Ende November um fast genau 21 Millionen Doppelzentner, um weit über acht Prozent, gegen das Vorjahr vermehrt. Die Einfuhr, lediglich wegen des Mehrbedarfes unserer Bevölkerung und unserer Industrie an Getreide und Rohstoffen, hob sich um 24,8 Millionen Doppelzentner, während unsere Zahlungsbilanz weiter günstig blieb. Vergleicht man dem Werthe nach die Ziffern der drei ersten Quartale, so ergibt sich eine Ausfuhr Deutschlands

1895	von 2407,6 Millionen Mark
1896	2611,0
1897	2684,3
1898	2742,9

Die größte Belebung haben indeß zweifellos die inneren Wirtschaftsbeziehungen aufzuweisen, die für das ökonomische Gesamtbefinden Deutschlands überhaupt ausschlaggebend sind.

Kennzeichnend hierfür ist vor allem die weitere Zunahme der Eisenbahntransporte. Allein Preußen, mit Einschluß der eingelebten heftigen Schienenwege, hatte hier bis November eine Mehreinnahme von 50 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Dabei war schon lange vorher das Wachstum der Güterbewegung ein ganz erstaunliches. Sie umfaßte auf den deutschen Bahnen

im Inlandsverkehr allein

1890	151 Millionen Tonnen	128 Millionen Tonnen
1892	158	133
1893	155	139
1894	174	146
1895	181	152
1896	202	170
1897	218	183

Weiter spricht die andauernde Prosperität aus den fortgeschritten Neugründungen, vor allem jedoch aus den zahlreichen Umwandlungen alter Privatetablissemens in Aktiengesellschaften, meistens natürlich mit starker Erweiterung und vollständiger Umgestaltung der früheren Betriebe. Das Aktienkapital der im ersten Halbjahr gegründeten Gesellschaften belief sich

1899	auf 182,6 Millionen Mark
1890	163,0
1892	85,9
1893	89,6
1894	47,2
1895	97,5
1896	151,0
1897	131,5
1898	244,5

Der Baschische Jahresbericht, dem wir diese Ziffern entnehmen, verzeichnet ferner, mit Einrechnung aller an den deutschen Markt gebrachten Staats-, Kommunal- und sonstigen notierten Anleihen, folgende Gesamt-Emissionsziffern, nach dem Ausgabepreis festgestellt:

im ersten Semester 1899	973 Millionen Mark
1890	695
1892	640
1893	990
1894	622
1895	659
1896	1142
1897	790
1898	1532

Die große elektro-technische Revolution, die mit immer zunehmender Beschleunigung unsere Transportwege, unsere Licht- und Kraftversorgung umgestaltet, hat an diesen Kapitalanlagen natürlich einen großen Antheil — von 1894/95 ab beansprucht sie jährlich für Aktien und Obligationen 77, 148, 245, 360 Millionen Mark, mit Hinzufügung sonstiger Anleihen wahrscheinlich weit mehr wie 500 Millionen. „Deutschland steht an der Spitze der Verbreitung der angewendeten Elektrizität.“

Diese dauernde Haufe auf fast allen Gebieten nahm zuletzt die Banken derart in Anspruch, daß sie mit einer bisher kaum dagewesenen Festigkeit ihre Goldschätze vertheiligten mußten. Als am 9. April die Reichsbank zum ersten Male zu einer Diskonterhöhung schritt, von 3 auf 4 pCt., sah man Anfangs darin nur eine Vorbeugung gegen den Abfluß deutschen Goldes nach den Vereinigten Staaten, die sich soeben zur Eröffnung des Krieges mit Spanien anschickten. Doch der Krieg ging zu Ende, aber die Zinssteigerung blieb und setzte sich weiter fort: am 10. Oktober auf 5, am 9. November auf 5 1/2, und am 19. November auf 6 pCt., eine Höhe, die nur zweimal während des Bestandes der Reichsbank, nämlich 1877 und 1882, erreicht worden ist. Die große Zentralbank sah noch niemals so viele Wechsel und Lombardwerthe zur Umwandlung in Geld sich herandrängen; am 30. November hatte sie 1 089 151 000 M. in solchen „Anlagen“ festgelegt. Die Goldreserve war am 7. Oktober auf 508 Millionen herabgegangen, der steuerfreie Notenumlauf war zeitweilig um 276 1/2 Millionen überschritten.

Auch diese kapitalistische Zuspitzung des Geldmarktes hat indeß den Optimismus der Börse und der Großindustrie nicht zu erschüttern vermocht. Man nimmt die größeren Schwierigkeiten der Leihgeldbeschaffung ruhig mit in Kauf, so lange der winkende und der tagtäglich erzielte Profit der Zins noch immer so beträchtlich übersteigt. Die Deute an Mehrwerth ist so groß, daß man sie ruhig mit den Banken und dem Leihkapital theilen kann.

Hat die Arbeiterklasse an diesem berausenden Zuwachs an Reichthum entsprechend theilgenommen? Bileicht ist die industrielle Reserve-Armee, die, wenn die Industrie ihre Periode der Stodung durchmacht, die Landstrahlen und die Obdachlosen-Anstalt überflutet, im Augenblick stark zurückgegangen. Bileicht ist die Masse der ständigen Arbeiter, für welche die Stodung vermehrte Feiertage und größerer Lohndruck bedeutete, zum Theil wieder mit Volldampf thätig und verdient soviel mehr, wie es der gesteigerten Arbeitslast entspricht. Sollen die Schöpfer alles Wohlstandes für immer mit diesen Grosamen abgefunden sein?

Zweifellos ist der bürgerliche Mittelstand gerade in den Jahren des Aufschwunges rascher wie sonst aufgerieben worden; er wird demüthigt, wenn die nahe Krisis ihn vollends proletarisirt, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarke verschärft.

Der Rückschlag wird kommen und die errungenen paar Spargroschen der Proletarier rasch wieder aufzehren. Je höher der Aufschwung, desto tiefer der Sturz, den alle Jagd nach neuen Absatzfeldern in der Fremde nicht hindern und nicht einmal mildern kann.

Vier Jahre ist es dem Kapital endlich wieder einmal ge-glückt, sich ohne schwere Erschütterungen zu rühren und zu entfalten. Wird es sich seines Glückes noch lange freuen können?

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Januar.

#### Der Semmschuh.

Unser ganzes politisches Leben erstreckt unter der quantitativen Uebermacht des Zentrums, das wie eine Zerfalls-Geschwulst den politischen Organismus belastet und zur Trägheit zwingt. Namentlich krankt der deutsche Parlamentarismus am Zentrum, und wenn wirklich einmal ein bischen Bewegung zu stande kommt, so sind es, Dank den Ultramontanen, die Bogen einer Wellenbadschaukel. Dabei ist das Zentrum von einer moralischen Anästhesie, von einer Empfindungslosigkeit befallen, die den Kampf mit ihm recht unerquicklich gestaltet.

Die „Mecklenburgischen Blätter“ hatten neulich Aeußerungen Mallinrodt's, des einstigen „Gewissens“ des Zentrums, zitiert, um das ultramontane Renegatenhum zu kennzeichnen. Das Blatt konstatiert jetzt, daß kein einziges ultramontanes Organ auf diesen Vorwurf reagirt hat, obwohl jener Artikel durch andere Zeitungen die weiteste Verbreitung gefunden hat.

Zu anbetraht dieser Empfindungslosigkeit suchen die „Mecklenburgischen Blätter“ das Phlegma der Regierungsschutztruppe aufs Neue mit einigem Spiritus aufzumuntern, indem sie schreiben:

„Herr Heinrich Nidert erschien bei der Eröffnung des Reichstages im „Weißen Saale“, die Rannestraße mit der „Jentener-Meballe“ und dem rothen Adlerorden vierter Güte geschmückt. Am Tage darauf verwies Graf Vellestem (spr. Vellestem, den Ton auf der zweiten Silbe des Wortes), als der Kaiser das Präsidium mit dem Wunsche eines „guten“ Fortganges der Reichstags-Geschäfte entlieh, „scherzend“ auf die Uniform der Leibkürassiere (oder war es ein anderes „Leib“-Regiment), die er trage und bei denen er ja wohl Major oder gar Oberstleutnant de la Landwehr ist. Beide kleinen Momentbilder haben etwas Verwandtes, Zukunftsrohes in ihrer Art. Herr Nidert wird sein bescheidenes Fähnlein schon alle-

zeit mit Erfolg dahin führen, wohin es gewünscht wird; er ist seiner Sache sicher. Auch Graf Vellestem scheint offenbar anzunehmen, daß es ihm gelingen wird, „die Leibgarde seiner Heiligkeit“, als welche er vor wenig Jahren auf einem deutschen Katholikentage das deutsche Zentrum rekrutirte, „auf höheren Befehl“ stets je nach Bedarf prompt einschwenken zu lassen. Hoffen wir, daß er sich da gründlich verrechnet!

Dem für das Zentrum würde die letzte Möglichkeit, jemals zu einer wirklichen deutschen Volkspartei zu werden, endgiltig schwinden, wenn es sich auch der neuen Militär-vorlage gegenüber wieder auf Kompromisse und Bewilligungen einlassen wollte, statt mit einem runden und netten, deutschen „Daraus wird nichts!“ allen denartigen Ueber-raschungen und Ungeheuerlichkeiten endlich ein für allemal den Riegel vorzuschieben. Es geht unter keinen Umständen so weiter, wie bisher, wenn der deutsche Reichstag nicht schließlich ein Spott für Kinder werden soll. Die Entscheidung darüber wird beim Zentrum liegen, es wird aber mit dieser seiner Stellungnahme zur Militärvorlage auch zugleich über seine eigene Zukunft entscheiden, und zwar nicht nur über die Zukunft der nächsten fünf Jahre!

Das Zentrum würde, wenn es auch diesmal wieder von Herrn Lieber zum „Sprung über den Stod“ sich bewegen ließe, damit definitiv in die Stelle einrücken, welche in den ersten Jahrzehnten des Norddeutschen Bundes und des Reiches der Nationalliberalen inne hatte. Nur mit dem einen, gewaltigen Unterschied, daß die Nationalliberalen solche Stellung ausfüllten auf Grund ihrer politischen Prinzipien und in voller Harmonie mit denselben, während das Zentrum die gleiche Position nur einnehmen und halten könnte unter dauernder krasserer Verleugnung seiner Grundsätze und seines politischen Programms.

Es wird dann weiter auf die bekannte Stellungnahme des Zentrums gegen die 1893er Präsenzerhöhung hingewiesen und scharf hervorgehoben, daß es in Konsequenz seiner damaligen Abstimmung statt eine weitere Heeresvermehrung 1. Herabsetzung der heutigen Friedenspräsenz und 2. endgiltige gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit fordern müsse. „Mit jedem Mann und jedem Groschen aber, den es der neuen Vorlage bewilligt, läßt es den schändlichsten Verrath an seinen Grundsätzen, an seinen Wählern und an den vitalsten Interessen des deutschen Volkes.“

Wir fürchten, daß das Zentrum längst verlernt hat, Argumenten der Vernunft und der Moral Gehör zu schenken. Die Herren sind in der That — nationalliberal geworden, und der „Demokrat“ Lieber ist reif, als Kultusminister oder Staatssekretär der Marine in Gottes Staat herumzuzirkeln. Wer aber nichts als Zufalls-Nacht-Politik treibt, der wird früher oder später vom Untergang ereilt und er hat alsdann nicht einmal die Gunst einer Verstattung in Ehren. Diese Erfolgspolitiker werden neben dem Friedhof der Geschichte auf geächtetem Boden eingemauert.

#### Das letzte Mittel.

Die Polizei hat endlich ein Spezifikum gegen den Anarchismus ergründet: Die Anarchisten werden zu Grunde — gemessen. Unser Magdeburger Partei-Organ erzählt:

„Die der Polizei bekannt gewordenen Anarchisten sind am letzten Tage des alten Jahres mit einer Aufforderung beglückt worden, sich am 1. Januar im Polizeigebäude einzufinden.“

Mit der größten Höflichkeit sind hier die Anarchisten nach ihren Personalien gefragt. Die gewordenen Antworten wurden sorgsam registriert. Man bediente sich hierzu eines eigens zu diesem Zwecke angefertigten Formulars.

Nach Feststellung der Personalien erhielten die Anarchisten Anweisungen, sich in einem Nebenzimmer einer körperlichen Messung zu unterwerfen.

War die Aufnahme der Personalien ohne Angabe der Gründe schon eine ganz auffällige Maßnahme, da es sich um Personen handelt, gegen die kein Strafverfahren anhängig gemacht ist oder schwebt, so mußte die körperliche Messung recht auffallen.

Katholisch wurde seitens der Anarchisten gegen die körperliche Messung energisch protestirt; sie erkundigten sich mit vollem Recht nach den Gründen dieser absonderlichen Handlung. Es erfolgte Mitteilung, daß die Aufnahme der Personalien, die körperliche Messung von dem Minister des Innern verfügt sei; es soll sogar die photographische Aufnahme bestimmter Personen angeordnet sein.

Der Protest hatte Erfolg. Es wurde von der körperlichen Messung Abstand genommen (ob bei allen, entzieht sich unserer Kenntnis) und den Anarchisten anheimgegeben, über ihren Körper Angaben zu machen. Zum Theil war das Resultat negativer Art, und die Polizei war nur auf Schätzungen und Vermuthungen angewiesen.

Anßerdem wird uns mitgetheilt, daß Personen mit der polizeilichen Aufforderung beglückt wurden, die in anarchistischen Kreisen vollkommen unbekannt sind; es wäre angezeigt, hierüber Näheres zu erfahren. Es wird angenommen, daß die neueste Polizei-Aktion gegen Anarchisten eine Folge der Anarchistenkonferenz ist.“

Diese neueste Ausdehnung der Machtbefugnisse der Polizei, Leute, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, außer etwa haltlose Ideen, zwangsweise auf ihre körperlichen Qualitäten zu untersuchen, verdient gewiß eine baldige Erörterung im Reichstage. Es ist mit dem Recht der persönlichen Freiheit aus, wenn die Polizei auf jeden beliebigen Menschen ein Verfahren anwenden darf, das Mitgliedern des Verbrecheralbums gegenüber zulässig sein mag.

Die „Post“ findet bereits diese Maßnahmen gegen die Anarchisten nicht durchgreifend genug. Der Sozialismus müsse vor Allem getroffen werden. Also können sich wohl auch die Sozialdemokraten sammt und sonders darauf gefaßt



machen, demnachst ihre körperlichen Schönheiten der Polizei zu entziehen. Und in der Anwendung der beliebigen Vortheiltheorie, werden nacheinander die übrigen Parteien dem "Brett" — sein Ueberer ist ja der Clotus des "us-Dramas" — geopfert werden. Die Polizei thut nichts mehr als: messen, messen, messen; und wenn man vorwirft, daß sie einmal einen Raubmörder nicht entdeckt habe, so wird sie entschuldigend geltend machen, sie habe gerade die sämtlichen Landwirthsbünder vermessen müssen, deren Leiblichkeit einer erneuten Prüfung bedürftig habe, nachdem sie gedroht, unter die Anarchisten zu gehen. So werden die Bogen mit den Körperbeschreibungen immer höher schwellen, und ein festes Bollwerk gegen den Umsturz bilden. Die erheblichen Kosten aber, die das Verfahren erfordert, werden — dafür wird Miquel sorgen — dadurch aufgebracht, daß die von der Polizei angefertigten Photographie den Malern als ff. Altstudien zum Verkauf angeboten werden.

Nur, die Polizei sorgt für Alles. Die Polizei wacht Tag und Nacht über unsern Seelen- und Körperheit — und das Volk kann ruhig schlafen gehen. Wenn sie uns nur nicht am Ende noch das — V a c h e n verbietet! —

### Zur Ausweisungspolitik.

Das "Berliner Tageblatt" schreibt:

Die Ausweisungspolitik, wie sie jetzt in Preußen im Schwange ist, hat im Auslande vielfach große Erregung hervorgerufen. Nur so ist es zu erklären, daß zuweilen auch solche Nachrichten im Umlauf gesetzt und geglaubt werden, die sich als unzutreffend erweisen. In der letzten Monatsausgabe veröffentlichten wir das nachstehende Telegramm unseres Petersburger Korrespondenten:

„Soeben wird mir von unterrichteter Seite versichert, daß man russischerseits angeht der dieser Tage verfügten Ausweisung von circa dreißig russischen Arbeiterinnen aus einer Berliner Zigarettenfabrik bei der preussischen Regierung Vorstellung erheben und um Aufklärung bitten werde. Es ist zweifellos, daß auch hier die Ausweisungspolitik böses Blut macht.“

Dergu erhalten wir die nachstehende Berichtigung des hiesigen Polizeipräsidenten:

„Die in Nr. 2, XXVIII. Jahrgang des „Berliner Tageblatts“ vom 2. Januar 1899 enthaltene, angeblich von dem Petersburger Korrespondenten des Blattes deponierte Mitteilung, daß dieser Tage die Ausweisung von circa dreißig russischen Arbeiterinnen aus einer Berliner Zigarettenfabrik verfügt worden sei, ist un wahr.“

v. Windheim.“

Es ist sehr erfreulich, daß zu den Differenzen mit Oesterreich, Dänemark und Holland, die wir der Ausweisungspolitik verbannten, nicht auch noch Schwierigkeiten mit Russland wegen der Ausweisung von 30 Arbeiterinnen aus einer Berliner Zigarettenfabrik kommen, und wir wünschen, wir könnten allen Nachrichten von Ausweisungen, die so böses Blut machen, auf Grund behördlicher Angaben ein ebenso blindes Dementi entgegenzusetzen. Worauf die Gewährsmänner unseres Petersburger Korrespondenten sich bei ihren Mittheilungen stützten, können wir natürlich nicht wissen. Aber daß es sich nicht um eine — wie es in der Berichtigung heißt — „angebliche“, sondern thatsächlich an uns gelangte Depesche unseres Petersburger Korrespondenten handelt, davon kann sich der Herr Polizeipräsident auf unserer Redaktion durch Einsichtnahme in das Original leicht überzeugen, da wir Telegramme im Allgemeinen aufbewahren, im Gegensatz zu den sonstigen Manuskripten, die bekanntlich sofortiger Vernichtung anheimfallen.“

Die „Korb. Allg. Ztg.“ bringt die Berichtigung des Herrn v. Windheim an hervorragender Stelle und andere konfessionelle Blätter spotten über den Reinsfall des liberalen Organs.

Wir aber können dem „Berl. Tagebl.“ vertrauen, daß sein Petersburger Korrespondent nicht schlecht unterrichtet gewesen ist und daß es sich kein demuthvolles Abbittegestimmte hätte sparen können.

Herr v. Windheim berichtet! Wie und was soll der Herr Polizeipräsident berichten können, internalen er in Stabthagen-Projekt gezeigt hat, was alles er von Geheimnissen in der ihm polizeilich unterstehenden Stadt nicht weiß? Freilich in diesem Fall mag Herr v. Windheim formell richtig berichtet haben. Denn wer wollte von Herrn v. Windheim verlangen, daß er noch über Berlins Grenzrain hinaus von allen Vorgängen weiß? Und wer wollte ihn für verpflichtet halten, nicht in der Weise zu berichten, in der er berichtet, selbst wenn er wüßte, daß die Ausweisung der russischen Zigarettenarbeiterinnen, zwar nicht in Berlin, wohl aber in Charlottenburg thatsächlich verfügt worden ist. —

## Deutsches Reich.

### Wer verhindert die Abrüstung?

Die „Kreuz-Zeitung“ hat es herausgebracht, wer die Abrüstung unmöglich macht. Niemand anders als — Professor Delbrück. Die Beweisführung ist etwas kompliziert, aber durchschlagend.

zunächst werden die Einleitungssätze Molke's aus seiner Geschichte des deutsch-französischen Krieges angezogen. Molke hat ja in Anknüpfung an die Reptilienfonds-Legende vom Ursprung jenes Krieges geschrieben:

„Ueberhaupt ist es nicht mehr der Ehrgeiz der Fürsten, es sind die Stimmungen der Völker, das Unbehagen über innere Zustände, das Treiben der Parteien, besonders ihrer Wortführer, welche den Frieden gefährden. Leichter wird der folgenschwerere Entschluß zum Kriege von einer Versammlung gefaßt, in welcher niemand die volle Verantwortung trägt, als von einem Einzelnen, wie hoch er auch gestellt sein möge, und öfter wird man ein feindseliges Staatsoberhaupt finden, als eine Volkvertretung von Weisen! Die großen Kämpfe der neueren Zeit sind gegen Wunsch und Willen der Regierenden entbrannt.“

„Aus solchen Verhältnissen ist auch der Krieg von 1870/71 hervorgegangen. Ein Napoleon auf dem Thron von Frankreich hatte seinen Anspruch durch politische und militärische Erfolge zu rechtfertigen. Nur eine Zeit lang bestriedigen die Siege der französischen Waffen auf seinen Kriegsaupflügen; die Erfolge des preussischen Heeres erregten Eifersucht, sie erschienen als Annäherung, als Herausforderung, und man verlangte Rache für Sadowa. — Die liberale Strömung des Zeitalters lehnte sich auf gegen die Kleinherrschaft des Kaisers, er mußte Bewilligungen zugestehen. Seine Nachstellung im Innern war geschwächt, und eines Tages erfuhr die Nation aus dem Munde ihrer Vertreter, daß sie den Krieg mit Deutschland wollen.“

Es ist allerdings recht ungeschicklich, gerade in den Tagen der Bismarck-Memoiren diese Sätze aufzuführen, obwohl nummehr bestätigt ist, was Politiker längst wußten — und Molke am allerbesten wußte — daß der Krieg von 1870 durch Bismarck provoziert worden ist, einmal um aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen, sodann aber, um die europäische Demokratie zu zerschlagen und der Gefahr einheitlichen Handelns vorzubeugen.

Nichtabstoßender wird Molke's Legendenpsychologie aufgedeckt, um darzutun, daß Professor Delbrück laudat davon ist, wenn der Friedens- und Väterthum keinen praktischen Erfolg hat. Nämlich so: „Angehts aber der Weisheit ein großer Theil der Presse, der zur Schwächung der Regierung eifrig Stoff sammelt und weiter verbreitet, der das Ausland fast aufruft zur Mißachtung derselben, — angehts der Erfindung der Reichsmädigkeit, die nunmehr als Stoff zur Einimpfung fleißig verwendet wird, — angehts der Anrufe an das Ausland zur Ergreifung von

Repressalien, wo es sogar fehlt an Veranlassung zu dergleichen, — angehts der Hässlichen Bitte um Gnade, wie sie von vereinzelten Mitgliedern des Handelsstandes ins Ausland verandt wird, — angehts der bei der ersten Verathung des Etats im Reichstage aus den Reihen der Opposition vorgetragenen Reden, — angehts endlich der Weisheit auch eiliger Professoren, von denen der eine in maßloser Form unberechtigter Schmähungen in die Welt sendet, der andere in allerding anständiger Form hochnothwendige Maßregeln der Regierung durch ganz unrichtige Vergleichen falsch charakterisirt und herabwürdigt, — wo sind die Schärer des Krieges zu suchen, wo sind sie, die jede Abrüstung zur Unmöglichkeit machen? Wahrlich nicht da, wo das irreführende Urtheil vieler Freunde des Friedens sie sucht.“

Darum muß sich, so schließt die Betrachtung des Junkerorgans, die Abrüstungskonferenz in einen — Karlsbader Kongreß verwandeln:

„Möge denn die Abrüstungskonferenz zusammentreten, wir wünschen ihren Verhandlungen guten Fortgang und ihren etwaigen Maßregeln Gelingen und Frucht. Aber möge sie auch den Sieg des Heils richtig erkennen und das Verstecken des richtigen Weges zur Abhilfe ohne Scheu vor dem Geschrei der eigentlichen Friedenshinderer anstehend selbst darauf vorangehen.“

Das heißt — ohne Kreuz —: Die Leute, die Regierungsmaßregeln kritisiren, Individuen, die in Herrn v. Köller keinen dreifach begnadeten Stellvertreter Gottes zu ehren vermögen, Professoren, die jämmerlich genug sind, mit dem Muth der Wahrheit in leuchtender Luft zu buhlen — das sind die eigentlichen Friedensförderer, sie vereweln Väterthum's herrlichen Abrüstungstraum. Darum muß die Abrüstungskonferenz das Uebel bei der Wurzel packen und die Karlsbader Weisheit und die heilige Allianz wiederherstellen: Unterdrückung der Presse, Umwandlung der Universitäten in Kasernen, Verbannung rebellischer Professoren und sonstiger Unflätler nach Sibirien, das zum internationalen Asyl für Friedensförderer jeder Art erhoben wird, — und der Volksfriede ist hergestellt, wie in der Weitemach-Zeit.

Es lebe der ewige Friede — unter russischer Polizeiaufsicht!

Die am Neujahrsmorgen durch eine febrhafte Grippe verhinderte Ansprache des Kaisers an die kommandirenden Generale wird nunmehr am 18. Januar erfolgen.

Gesetz betreffend Fleischbeschau. Der im Reichsamt des Innern angeordnete Gesetzentwurf betreffend die obligatorische Fleischbeschau war vor kurzem dem preussischen Staatsministerium zur Begutachtung vorgelegt, ist von diesem genehmigt worden und wird voraussichtlich in den nächsten Tagen dem Bundesrath zugehen. Die Fleischbeschau soll danach, so meldet ein Berichtserstatter, für ganz Deutschland obligatorisch eingeführt werden. Für Preußen, wo die Fleischbeschau bereits besteht, wird voraussichtlich eine beträchtliche Vermehrung des Untersuchungspersonals sich als notwendig ergeben. Die deutsche Produktion wird, wie verläutet, einer zweimaligen Kontrolle, vor und nach der Schädlingsuntersuchen, unterworfen werden. Ausländisches Fleisch in rohem oder verarbeiteter Zustande wird einer Kontrolle entweder an der Grenze oder in einer Zollniederlage im Inlande, wohn unter Vollständig die Waaren gelangen können, unterliegen. Dem Bundesrath sind in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes weitgehende Vollmachten eingeräumt. Man nimmt an, daß eine solche Vollmacht sich auch auf den Erlaß von Einfuhrverboten erstreckt.

Dem Bundesrath, der Vertretung der stark vom agrarischen Anwesen beherrschten Regierungen, sollte der beliebige Erlaß von Einfuhrverboten nicht anvertraut werden. —

Dastpflicht der Beamten. Wie einige Blätter berichten, ist das Gesetz über die Haftung des Staates und der Gemeinden für Versehen der Beamten vom Staatsministerium nach den Vorschlägen des Justizministers genehmigt worden, und wird dasselbe dem Landtag zugehen. —

Der Entwurf des neuen Zolltarifs, welcher im Reichsamt des Innern angeordnet wurde, ist, wie die „Korb. Allg. Zeitung“ mittheilt, den Regierungen aller deutschen Bundesstaaten, welche eine eigene Zollverwaltung haben, in vergangenen Herbst zugegangen, wie das seinerzeit mitgetheilt wurde. Der Entwurf ist ein sehr umfangreiches Schriftstück, welches übrigens neben dem neu entworfenen Tarifschema auch die bisherigen Zollsätze bei den einzelnen Tarifstellen enthält. Es steht nicht zu erwarten, daß der Entwurf vor dem Spätherbst dieses Jahres mit Beschlußfassung der eventuellen seitens der Regierungen gewünschten Änderungen so weit fertig sein wird, daß er als Unterlage für die weitere Verathung dienen kann. Daher wird er auch dem wirtschaftlichen Ausschuss wohl erst gegen Ende dieses Jahres mitgetheilt werden. Man darf ferner annehmen, daß der Entwurf damit gleichzeitig auch an anderen Körperschaften, welche den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft vertreten, wird bekannt gegeben werden. —

Wirtschaftliche Schädigungen infolge der Ausweisungspolitik. Auf Antrag der ihm zugehörigen Verbände beschloß sich der Zentralausschuß der Berliner kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereine in seiner letzten Sitzung u. a. mit den wirtschaftlichen Folgen der Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nord-Schleswig. In der betreffenden Verathung wurde für die eingetretene Schädigungen heimischer Erwerbszweige umfangreiches und authentisches Material beigebracht. Insbesondere wurde festgestellt, daß das Ausland mehrfach den Versuch macht, die gegenwärtige Schädigung wirtschaftlich für sich auszunutzen. An der Hand einschlägiger, auf Grund der Veröffentlichungen des kaiserlich statistischen Amtes pro 1897 gemachter Zusammenstellungen wurde der Güteraustausch zwischen Deutschland und Dänemark eingehend erörtert und konstatiert, daß Dänemark nach Deutschland fast ausschließlich Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Fischerei im Werthe von circa 60 Millionen Mark = 1 1/2 pCt. der deutschen Einfuhr, Deutschland nach Dänemark hingegen vorwiegend Industrieprodukte im Werthe von 107 Millionen Mark = 2 1/2 pCt. der deutschen Gesamtanfuhre einführt. Angesichts dieser Sachlage, die den natürlichen Austausch der wirtschaftlichen und geographischen Lage beider Länder bildet, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen, insofern dies augenblicklich nicht der Fall ist, wieder eine von Ueberrückungen unbeeinträchtigt und von Misverständnissen freie Entwicklung nehmen werden. Andererseits wurde hervorgehoben, daß die Angehörigen der heimischen Industrie und des heimischen Handels, die alle Zeit bewiesen haben, daß sie bereit sind, ihre eigenen Interessen zurückzustellen, falls das Interesse der Gesamtheit dies erfordert, Anspruch darauf haben, daß sich solche politische Maßnahmen auch unter hinreichender Würdigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte vollziehen. Mit Rücksicht darauf, daß die Erklärungen der Regierung über die Ausweisungen aus Nord-Schleswig für den Beginn der Landtagsverhandlungen angekündigt sind, wurde beschloßen, zunächst diese Erklärungen sowie die sich hieran anschließende Erörterung im Abgeordnetenthaule abzuwarten. —

Ausweisungspolitik. Zur Unterfütterung der Ausweisungspolitik ist in Kopenade der dänische gesellschaftliche Verein von der Polizeibehörde für politische erklärt und auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes geschlossen worden. —

Agarische Unverschämtheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet aus Danzig: In der Landgemeinde Neblin, Kreis Schlawe, wurde ein Bauerngutsbesitzer zum Gemeindevorsteher gewählt, erhielt aber nicht die erforderliche landbrüchliche Bestätigung. Nach der „Danz. Zeitung“ ist an demselben weiter nichts anzusetzen, als daß er „ein überzeugungstreuer liberaler Mann ist und stets die

Interessen der Bauernschaft vertreten hat“; dabei sei er auch öffentlich für die Wahl seines Berufsgenossen, des Abgeordneten Steinhauser, eingetreten. Wir können dem Landrath nur Recht geben. Ein Agitator für den Nordost ist keine geeignete Person für das Amt des Gemeindevorstehers. Er würde zweifellos den Frieden in der Gemeinde nicht befördern und auch nicht das für sein Amt erforderliche Vertrauen bei den Gemeindegliedern genießen.

So denken die agrarischen Schnapphähne über die Selbstverwaltung der Gemeinden. Nur Agrarier, deren Lebensaufgabe die Volksauswanderung bildet, sind würdig, der Gemeinde vorzuziehen. Nicht-Agrarier, und wären es die kieberen „Nordost“-Leute der Adelslichen Freisinnstruppe, sind „nicht geeignet“. Sie befördern den Frieden nicht, sagt das Organ desselben Junkerthums, welches gerade mehr denn irgend eine andere Gesellschaftsklasse dazu beiträgt, Unzufriedenheit im Volke zu säen und unsere vaterländischen Zustände zu verschlechtern. —

Niemals zufrieden sind unsere herzlichen Feinde mit unserem Katerer, wir mögen Gedentage erwählen, so patriotischer Natur, daß ein Kreisblatt sie bringen könnte.

Daß der Kalender den Todestag Vater Klügens erwähnt, ist den Landwirthsbündern nicht recht, die keine Agrardemagogen sein möchten, wenigstens nicht im Kalender. Ganz besonders auffällig aber ist es, daß man die bloße Erwähnung bekannter Reden des Kaisers — aufreizend findet. Haben sich die Herren, bevor sie diese ungemein scharfe Kritik niederschrieben, auch sorgfältig mit einem befreundeten Staatsanwalt verathet? Im Grunde ist man, glauben wir, gar nicht sowohl mit der Auswahl der Gedentage unzufrieden, als vielmehr mit der Justitiation des Kalenders selbst. Erinnert doch so ein Ding allzu seltener an den Wandel irdischer Herrlichkeit, und ist doch jeder Tag, den der Kalender verzeichnet, ein Schritt weiter zum Untergang sterbender Klassen. Sie möchten die Zeit aufhalten, und scheitern auf den unerschütterlichen Kalender, wie das stierende Kind auf das Thermometer. —

Amliche Wahlbeeinflussungen scheinen auch bei den elsass-lothringischen Behörden sehr beliebt zu sein. Durch eine öffentliche Erklärung, welche der Bürgermeister der elsassischen Gemeinde Dahlenheim, Jgnaz Hedmann, im kaiserlichen „Eisener“ über die Gründe seiner kürzlich erfolgten Demission abgibt, wird ein sehr bezeichnendes Schlaglicht auf den Apparat der offiziellen Wahlmaschinerie im Reichslande geworfen. Am 2. Dezember v. J. wurde Hedmann vom Kreisdirektor in Wolsheim über seine Amtshaltigkeit zur Rede gestellt, wobei ihm vorgeworfen wurde, er habe bei den letzten Reichstags-Wahlen den Sieg des kaiserlichen Kandidaten Delior herbeiführen helfen. In Bezug auf diesen Punkt sprach sich der Kreisdirektor nach der Darstellung Hedmann's folgendermaßen aus: „Wie haben Sie sich bei der Wahl benommen? Sie haben für Delior gearbeitet; ich selbst bin vor der Wahl durch die Gemeinde Dahlenheim gefahren, traf Sie aber nicht zu Hause und habe keinen einzigen Wahlmanus von Grunelius (dem gubernementalen Kandidaten) angeschlagen gesehen.“ Hedmann habe darauf geantwortet, er sei weder für den einen noch für den anderen Kandidaten eingetreten. Weiter legte ihm der Kreisdirektor die Niederlage der beiden Regierungskandidaten bei den Kreiswahlwahlen von 1897 zur Last. Ueber die Vorgänge bei diesen Wahlen äußert sich Hedmann wie folgt:

Nur vor den Kreiswahlwahlen ließ der Affessor vor meiner Wohnung ab und erklärte mir, daß er vor den Wahlen eigens zu mir komme. Ich sagte damals dem Herrn Affessor, daß ich für keinen der Kandidaten einstehe und sagte gleichzeitig hinzu, daß, nach der in der Gemeinde herrschenden Stimmung zu urtheilen, die beiden Regierungskandidaten wohl wenig Erfolg haben würden. Der Herr Affessor glaubte nun, daß aus mir eine gewisse Eifersucht spreche und ich mich deshalb von jeder Wahl-agitation enthalten wolle, weil ich selbst gern als Regierungskandidat aufgestellt worden wäre. Er suchte mich folgendermaßen zu beruhigen: „Herr Bürgermeister, Sie müssen nicht eifersüchtig sein, der Herr Kreisdirektor will es nun einmal so haben, ein anderes Mal können auch Sie an die Reihe kommen.“ Nach vielem Witten versprach ich dem Herrn Affessor, aber gänzlich wider Willen, die Wahl der beiden Regierungskandidaten zu unterstützen; trotzdem erhielt jeder derselben nur eine Stimme.“

Man scheint demnach von Seiten der elsass-lothringischen Behörden in nicht gerade verächtlicher Weise auf den Anfall der Wahlen einzuwirken. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung des Kaisers und der Mitglieder der kaiserlichen Familie hatte sich am Mittwoch der Gastwirth Wilhelm Barthel aus Malchow vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II Berlin zu verantworten. Angeklagter ist von einem Drehschloßspieler demnuzirt worden. Am 29. Juli v. J. sei der kleine Knabe des Betriebes in die Gaststube gekommen und habe seinen Vater um 10 Pfennige für ein Schreibheft gebeten, er müsse einen Abzug aus seinem Lebensbuch abschreiben und dabei habe er den Abschnitt gezeigt, neben welchem der Kaiser mit den kaiserlichen Prinzen abgebildet war. Der Vater habe darauf erwidert: „Ach, was willst Du damit?“ und dabei soll er eine Bezeichnung für die Prinzen gebraucht haben, die, wenn wahr, eine Beleidigung darstellte. Der Angeklagte bestritt die Beleidigung. Er habe an dem betreffenden Tage seinen Geburtstag gefeiert und sei etwas angefeimelt gewesen, aber das wisse er ganz genau, daß er das intrinsekte Wort nicht auf die kaiserlichen Prinzen, sondern auf seinen eigenen Jungen angewendet habe. Der Faktor des Dorfes, der Amtsvorsteher und alle anderen „Honoriatioren“ des Ortes gaben dem Angeklagten das Zeugniß, ein sehr patriotisch gesinnter Mann zu sein, der an allen patriotischen und nationalen Festtagen sein Haus beslagte und auch sonst in jeder Weise seine patriotische Gesinnung betheilige. Der Angeklagte habe allerdings die Gewohnheit, sich etwas herb oder gar drastisch auszudrücken, doch ließe ihn das unbedingt heraus, ohne daß er irgend etwas Schlimmeres dabei denke. Gegenüber der bestimmten Verbindung des Demuzianten nahm aber der Gerichtshof zwar nicht Majestätsbeleidigung, sondern nur Beleidigung von Mitgliedern der kaiserlichen Familie an, erkannte auch nicht auf Gefängnisstrafe, sondern verurtheilte den Angeklagten nur zu einem Monat Festungshaft. —

Vom Kaufschon-Reichsanzeiger ist die erste Nummer erschienen. Er führt den Titel: „Deutsches-Asiatische Worte, Asiatischer Anzeiger des Kaufschon-Gebietes“. Das Blatt beginnt natürlich mit der Schilderung einer Denkmalsenthüllung, des sogenannten Diederich-Steines. Die nächsten Nummern werden voraussichtlich eine Aiteneinweihung behandeln. Sollte das Gericht sich bestreiten, daß man in Kaufschon die Gründung eines oppositionellen Konkurrenzorgans plant, so werden wir demnachst auch den ersten deutschen Pressprozeß auf asiatischem Boden zu verzeichnen haben. — Der Reichsanzeiger von Kaufschon führt übrigens auch einen chinesischen Titel und als Motto den bekannten kaiserlichen Ausspruch: „Wo der deutsche Kar seine Fänge in ein Land geschlagen hat, das Land ist deutsch und wird deutsch bleiben. W. J. K.“ — Hoffentlich ist das Motto zur Schöpfung chinesischer Gefühle nicht auch übersezt, sondern nur im Urtext wiedergegeben. —

Schnelrevue. Das amtliche Telegraphenbureau verbreitet folgende sprachlose Kollis:

Die „Asiatische Zeitung“ giebt die Nachricht der „Chinesischen Allgemeinen Zeitung“ aus Amoy wieder, nach welcher Mitglieder der zehn dortigen konfuzianischen Gilden wegen fortwährender Erpressungen seitens der Mandarinen kurzer Hand beschloßen, den Versuch zu machen, deutsche Unterthanen zu werden. Sie wandten sich an den deutschen Konsul in Amoy und erbaten die Erlaubniß, Tafeln mit der Inschrift „Deutsche Kaufleute“ an ihren Häusern anzubringen und sich hierdurch unter den Schutz des Reiches zu stellen. Der Konsul soll versprochen haben, die Angelegenheit seiner Regierung zu berichten.



Einige kleine, diesen Kaufleuten gehörende Hafen-Dampfschiffe zogen seitdem bereits die deutsche Flagge auf. Die „Königliche Zeitung“ bemerkt hierzu, selbst wenn die Erzählung nicht in allen Einzelheiten wahr sei, so bilde sie doch ein erfreuliches Zeugnis für das Ansehen, welches die Deutschen bei den Chinesen genießen.

Die Würdigung dieses Ereignisses durch die „Königliche“ scheint uns nicht zureichend. Es handelt sich offenbar um eine prächtige chinesische Satire auf deutsche Gesplogenhelten. Bekanntlich giebt es keine glücklicheren Menschen auf der Sonne als die Deutschen im Auslande. Während mit den Bürgern im Reich Staatsanwalt, Gendarm und Exelator Lawn tennis spielen, ist der Deutsche im Auslande der verhässlichste Siedling unserer Regierung. Ohne daß er Steuern zu bezahlen braucht, bewilligen wir für ihn Schiffe und Soldaten, auf daß seine Nachstellung mache und sein Geldbeutel sich fülle. Wirft ihm irgend ein Südbsee-Zusulaner einen unfreundlichen Blick zu, fängt schämen wir ihn und stehen für ihn ein mit Gut und Blut — selbstverständlich mit dem Gut und Blut der Südbsee-Zusulaner. Findige Deutsche im Auslande, die gern zu einem gelinden Vermögen kommen wollen, arrangiren wohl gelegentlich kleine Litentate gegen sich; dann sind sie sicher, daß ihnen — durch Vermittelung der Reichsregierung — eine hübsche Rente in Gestalt eines Sühnegeldes zufällt. Kurz, es hat seit den Zeiten des Paradieses und der arabischen Geselle keinen glücklicheren Menschen gegeben als die Deutschen im Auslande. Was Wunder, daß da einige kluge Chinesen, die seit der „Buchtungs“-Affäre über jene reichdeutsche Sitte unterrichtet sind, auf den seinen Gedanken verfallen sein mögen, unter diese gesegneten Deutschen im Auslande aufgenommen zu werden.

Wären wir sicher, daß im Reiche der Kaiserin-Zante gleichfalls die schöne Politik der „Chinesen im Auslande“ getrieben wird, die Deutschen im Vaterlande würden sich keinen Augenblick bestimmen, sich unter chinesischen Schanz stellen zu lassen. Die bevorzugten Klassen unseres Volkes stehen ja ohnehin bereits gegenwärtig in manchem Betracht unter chinesischer Oberhoheit.

### Vergammungsgesundheit und Dividende.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum schreibt:

Im vorigen und vorvorigen Jahre warteten wir, unter Anführung bestimmter Fälle, vor der Einwanderung ausländischer Arbeiter in das Ruhrgebiet, da durch jene die Wurmkrankheit eingeschleppt wurde! Wir forderten die Bergbehörde auf, peinlichst ihres Amtes als Wächterin der Vergammungsgesundheit zu walten. Revision der Wäsklösen und Aborte auf den Gruben. Die Wurmkrankheit ist in ihren Folgen (Winterruhr, Auszehrung, Fleischsucht, schließlich Tod an Entkräftung) eine furchtbare Geißel des Knappensolles. Um so furchtbarer, weil ihre Bekämpfung äußerst schwierig ist, der Wurm hat eine unverwundliche Lebenskraft.

Was haben unsere Wärmungen genützt? Im eben herauskommenen Sanitätsbericht des Allgemeinen Knappenschafst-Vereins erhalten wir darauf folgende Antwort:

Die Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung und zur Tilgung der Krankheit (Wurmkrankheit) waren auch während des Berichtsjahres unaufhörlich Gegenstand der ärztlichen Thätigkeit. Auf einigen kleinen Gruben, auf welchen allerdings eben wegen der geringen Zahl der Belegschaft die Kontrolle der Arbeiter eine leichte ist, ist es bereits gelungen, die Krankheit, wie es scheint, vollständig auszurotten. Wir gaben uns bereits der Hoffnung hin, in Bälde auch auf den übrigen Gruben der Krankheit Herr zu werden. Leider hat aber der große Arbeitermangel manche Gruben veranlaßt, österrreichisch-ungarische Bergarbeiter in großer Zahl heranzuziehen, wodurch die Gefahren der Weiterverbreitung der Krankheit unberechenbar vermehrt sind. Auf einer Grube, welche aus Anlaß dieses Jahres revidirt wurde, fanden sich sieben mit der Wurmkrankheit befallene, aus Oesterreich-ungarn zugezogene Arbeiter. Seitdem hat man allerdings fast überall von der weiteren Heranziehung dieser fremden Arbeiter Abstand genommen (???) D. R. d. V., hat sogar vielfach die bereits zugezogenen zurückgeschickt, allein die betreffenden Gruben sind nun einmal infiziert, und es wird des größten Aufwandes von sanitären Maßnahmen bedürfen, um dieselben von den eingeschleppten Krankheitskeimen zu befreien.

So geht das arbeitende Volk der Berge unter im schleichenden Elend! Warnungen unsererseits werden nicht gehört, wir werden sogar als Hezer demüthigt, Eingaben an die Bergbehörde blieben wirkungslos, wie wir damals an speziellen Fällen feststellten. Und nun kommt der Sanitätsbericht des größten deutschen Knappenschafstvereins und bestätigt nicht nur unsere Meldungen, nein, was er sagt, übertrifft die schlimmsten Erwartungen!

Das alles paßt in ärztlich-germanischen Stante, dessen Berginspektion so vortrefflich ist, daß keine Reform nötig ist. Das Volk der Arbeit verkommt, weil unser Grubenkapital, ohne ausreichenden Widerstand zu finden, den Teufel nach der Volkswohlfahrt fragt, wenn nur die Dividenden steigen.

### Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebezahlung

dom 14. Juni 1896 im Deutschen Reich liegen, soweit sie als Tabellenwerk dargestellt sind, nimmere vollständig vor. Den letzten Band in der Reihe dieser Veröffentlichungen bildet der Band 118 der Statistik des Deutschen Reiches. Er enthält in 18 Tabellen die Gewerbestatistik, diese eingeteilt in 320 Gewerbe-Arten, für das Reich im ganzen. Die Tabellen behandeln: die Zahl der Gewerbebetriebe und der darin beschäftigten Personen, dann das Personal in Klein-, Mittel-, Großbetrieben, sowie mit Unterzeichnung nach Unternehmen, Angestellten, Arbeitern. Von den Arbeitern sind in einer eigenen Tabelle die Jugendlichen und Erwachsenen, die Lehrlinge und die verheirateten Frauen ersichtlich gemacht. Eine weitere Tabelle spezialisiert die Arbeiter nach ihrer tatsächlichen Beschäftigung. Fernere Gegenstände der Tabellen sind Nachweisungen über die Betriebsdauer während des Jahres (nach Monaten) in den einzelnen Gewerbe-Arten, über die Hausindustrie, über die Benutzung von Motoren und von Arbeitsmaschinen. Die Motoren werden nach den Kräften (Wasser, Dampf etc.) und der Kraftleistung (Pferdestärken) unterschieden; von Arbeitsmaschinen sind 100 nach ihrem Vorkommen in den einzelnen Gewerbearten statistisch befragt. Während alle vorhergehenden Tabellen die Betriebe in der Weise nachweisen, daß solche, die sich auf zwei oder mehr Gewerbearten, z. B. auf Spinnerei und auf Weberei, erstrecken, als verschiedene Betriebe je in der betreffenden Gewerbeart behandelt werden, weil ja in erster Linie Bestand und Entwicklung der Industriezweige zu zeigen ist, werden in weiteren Tabellen (15 und 16) die Betriebe so gezählt, wie sie sich äußerlich als Unternehmungen darstellen, also z. B. ein Betrieb, der Spinnerei und Weberei vereinigt, nur als ein Betrieb, und zwar geschieht dies nach der Größe und nach Unternehmungsformen.

Mit diesem Bande 118 der Statistik des Deutschen Reiches ist vom Kaiserlichen Statistischen Amt das Tabellenwerk zur Gewerbe-Statistik von 1896 in derjenigen Ausführlichkeit vorzulegen, die von vornherein geplant war; die bereits früher erschienenen Bände 114 und 115 geben die Gewerbe-Statistik der einzelnen Bundesstaaten, 116 der Großstädte, 117 und 118 der Verwaltungsbereiche. Es steht von der Gewerbe-Statistik noch aus der Band 119, der die wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse bringen wird. Ein summarischer Ueberblick ist bereits in einem Anfangs 1898 erschienenen Ergänzungshefte zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches (Jahrgang 1898, Heft 1) gegeben worden. Das Tabellenwerk zur Berufs-Statistik, welche die Bevölkerung nach den Angaben über den persönlichen Beruf darstellt, ist in den Bänden 102 bis 110 schon im Jahre 1897 erschienen; der für die wissenschaftliche Bearbeitung dieser Statistik bestimmte Band 111 ist im Druck. Die auf Grund der 1896er Zählung ausgearbeitete Statistik der Landwirtschaft liegt als Band 112 der Statistik des Deutschen Reiches schon seit längerer Zeit vor.

## Ausland.

### Kommunales aus London.

London, 2. Januar.

Angleich klüger wie Berlin hat London gehandelt, indem es die Ausnutzung seiner Straßen nicht mehr einigen Privatkapitalisten, sondern der Gesamtheit der Steuerzahler zu gute kommen läßt. Mit dem 1. Januar nämlich ging das Pferdebahnen-Sub-London in die Hände des Londoner Grafschaftsraths über, der von dem ihm zustehenden Rechte, das System nach Ablauf der Konzession zu übernehmen, Gebrauch machte.

Es handelt sich hierbei um 6 deutsche Meilen der bestverwalteten Straßenbahnen mit einem Stabe von 1900 Beamten. Das eingezahlte Kapital der Gesellschaft hatte 18 Millionen betragen, aber der Werth der Aktien betrug zur Zeit der Uebernahme annähernd 40 Millionen. Der vom Grafschaftsrath gezahlte Preis betrug 17 Millionen. Die Personenerhöhung steigt von Jahr zu Jahr, besonders da hier das Halb-Penny-System eingeführt ist, d. h. daß man für 4 Pfennige Strecken bis zu einer viertel deutschen Meile fahren kann. In dem mit dem 31. Dezember 1897 endenden Halbjahr wurden 55 1/2 Millionen Passagiere befördert und die Einnahmen betragen für dieselbe Zeit 4 1/2 Millionen Mark. Der Reingewinn des letzten Jahres belief sich auf ca. 1 1/4 Millionen Mark. Die Hälfte dieses Gewinnes wird von nun an zur Verzinsung der Kaufsumme und für Amortisation verwendet werden. Die andere Hälfte wird zwar vollständig noch nicht vollständig in die Taschen der Steuerzahler zurückkehren — da ein Theil für weiteren Ausbau des Systems und für Verbesserung der Lage der Angestellten verwendet werden muß — nichtdestoweniger hat aber London eine Erwerbung gemacht, die mit der Zeit zu einer sehr guten Einnahmequelle für die Gesamtheit der Bürgererschaft werden wird.

### Das belgische Kartell gegen die Reaktion.

Ein Kartell gegen die Reaktion ist, wie wir bereits kurz mittheilten, in Belgien zu Stande gekommen. Dieses Land steht seit 15 Jahren unter der Herrschaft der ultramontanen Partei, welche im Namen des Christenthums und der Kirche jede Reform in Staat und Gesellschaft, namentlich jede Verbesserung der sozialen Lage des arbeitenden Volkes verhindert und die Verdummung der Massen durch Klaffenschulen systematisch betreibt. Die Macht des Liberalismus, der früher in Belgien ausschlaggebend war, wurde durch die Sozialdemokratie zerbrochen oder neutralisirt, während es andererseits den Sozialdemokraten trotz aller Fortschritte und Erfolge nicht gelang, die Herrschaft des Klerus zu brechen. Um diese zu brechen, bedarf es des allgemeinen Wahlsystems. Zu dessen Erlämpfung hat schon früher ein Bündniß zwischen Sozialisten und Liberalen oder richtiger Radikalen bestanden, allein es ergaben sich zwischen den Verbündeten doch Differenzen, die das, nur für einen bestimmten Zweck abgeschlossene Bündniß in die Brüche gehen ließen. Noch heftiger aber als die Konflikte der bürgerlichen Liberalen und Radikalen unter sich, wie ja feindliche Brüder einander sprichwörtlich mehr hassen als geborene Feinde.

Ans der Lage der Dinge heraus hat sich nun allmählich bei allen nicht-klerikalen Parteien der Gedanke herausgebildet, es müsse eine Einigung gesucht werden, welche einzig die Niederwerfung der ultramontanen Partei zum Zweck hat. Es kam zu Verhandlungen, wobei es galt, einen gemeinsamen Boden der Aktion zu finden. Dies ist denn auch endlich gelungen. Die Liberalen begruben die Streitart mit den Radikalen, und beide einigten sich, die Angst vor dem Rothen Geispenst abzuschütteln, mit den Sozialisten auf folgendes „Minimum-Programm“:

1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht — Beseitigung des sogenannten Pluralitätensystems, nach welchem wohlhabende Wähler über mehrere Stimmen verfügen; 2. Abschaffung des Stellvertretungs- und Loskauf-Systems für die Arme und Einführung der allgemeinen Dienstpflicht; 3. Volksschulen mit Schulzwang und 4. Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

Das ist ein sehr verständiges Programm, welches keiner der Kartellparteien ein Opfer der Prinzipien zumutet, und doch einen trefflichen Boden für den Kampf gegen den Klerus bietet.

Was die einzelnen Punkte betrifft, so erklären sie sich selbst. In Punkt 1 ist die Frage des Militärwesens offen gelassen, weil sie in Belgien unter den bürgerlichen Parteien noch unstritten ist. Und auch der 3. Punkt ist nicht ganz klar; man hat offenbar nicht gewagt, die Konfessionslosigkeit der Schule zu betonen. Indessen sowohl Liberale als Radikale wollen die Losrennung der Schule von der Kirche, und bei den Sozialisten versteht sich das von selbst.

Das Minimum-Programm ist auch von der Christlich-sozialen Partei des Abbe Daens angenommen worden, der von der Priesterschaft ihm hingeworfenen Handschuh angenommen und unter Wahrung seines christlichen Standpunktes als Parteiführer seinen Vorgesetzten den Gehorsam aufgelandigt hat. Unter den Sozialisten sind allerdings nicht Wenige Gegner des Kartells, indes, wie es scheint, ist das eine Minorität, welche im entscheidenden Wahlkampf des Jahres, welches soeben begonnen hat, für die sozialistische Partei nicht ausschlaggebend sein wird.

### Oesterreich.

Im österreichischen Kronlande Istrien hat die Errichtung eines slowenischen Gymnasiums die Gemüther wieder heftig auf einander plagt lassen. Die Erbitterung der österreichischen Italiener machte sich am Dienstag im Triester Landtage Luft, der einseitig eine Entschlebung zur Wahrung der nationalen Rechte der Italiener annahm; die slavische Minderheit war der Stimmung fern geblieben. Die Entschlebung protestirt gegen die ungeredete Behandlung der österreichischen Italiener durch die Regierung, verlangt die Wahrung des italienischen Charakters des Landes, Errichtung einer italienischen Universität und Abwehr der wahnwitzigen Antriebe des slavischen Klerus. Dr. Piccoli, der die Entschlebung beantragte, erging sich unter tosendem Beifall der Gallerie in scharfen Angriffen gegen die Regierung, ihn übertrumpfte noch der radikale Abgeordnete Dr. Spodoni, der schließlich Platten anrief. Als der Regierungsdirektor ihm antworten wollte, brach auf der Gallerie minutenlanges Lärm los, so daß deren Nennung vorgenommen wurde. Erst dann konnte der Regierungsdirektor zu Worte kommen; er versuchte, die gegen die Regierung gerichteten Angriffe zu entkräften und zu beweisen, daß die Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in Istrien ein Gebot der Billigkeit und keine Schädigung der italienischen Interessen sei; warum dieses Gymnasium nicht in einer slowenischen Ortschaft, sondern als slavische Trupanstalt in dem italienischen Bivino errichtet werden soll, scheint er nicht dargehen zu haben. Der Landtag wurde hierauf vertagt. Um den slavischen Anschlag auf Bivino zu durchkreuzen, hat der friulanische Landesauschluß beschlossen, dort ein italienisches Realgymnasium zu errichten, an dem die deutsche Sprache als obligator, das kroatische und slowenische als unobligate Lehrgegenstände eingeführt werden sollen.

### Frankreich.

Interpellation in Sachen Dreyfus. Der sozialistische Abgeordnete Breton kündigt eine Anfrage an den Justizminister über die geheimen diplomatischen Schriftstücke zur Dreyfus-Sache an. Er will eine Erklärung des Ministers veranlassen, daß dem höchsten Gericht der vollständige Beweisstoff ohne Ausnahme vorgelegt worden sei, damit die Antikemiten nach der Entscheidung nicht sagen können, das höchste Gericht habe die wichtigsten Beweisstücke nicht zu sehen bekommen, daher sein Urtheil.

Ueber die Kosten des nächsten Krieges veröffentlicht der frühere Handelsminister Jules Roche im „Figaro“ eine Studie. Er legt dabei die Kosten des Krieges von 1870/71 zu Grunde und kommt zu dem Resultat, daß der Unterhalt der mobilsten französischen Armee, pro Kopf 3 Fr. 80 Cts. gerechnet, ungefähr 25 Millionen Franken erfordern würde. Außerdem würden sich die erforderlichen Anschaffungen sofort auf einen Betrag von zwei Milliarden be-

laufen. Dabel ist natürlich die durch den Krieg herbeigeführte Störung in den Geschäften nicht gerechnet. Auf einen sehr wichtigen Punkt aber weist Jules Roche noch hin. Das ist die Einrichtung der französischen Sparkassen, die nicht wie in Deutschland eine gesonderte Organisation haben, sondern in den Staatskassen mit eingeschlossen sind. Im Jahre 1870 waren es aber nur 600 Millionen, die das Publikum vom Staate zurückerfordern konnte und zurückgefordert hat. Heute sind es 4 1/2 Milliarden. Wo will der Staat diese hernehmen, fragt Jules Roche, wenn alle Welt pflöglich seine Einlagen zurückerfordert und nothwendig zurückerfordern muß. Es bleibt nun nichts übrig, schließt Jules Roche seine Darlegung, als entweder unsere Finanzpolitik oder unser System der nationalen Verteidigung zu ändern.

### Spanien.

Bevorstehende Ministerreise. Einer Madrider Meldung zufolge wird Sagasta am nächsten Sonntag der Königin-Regentin die Vertrauensfrage unterbreiten; die Krone werde sodann schnell ihre Entscheidung treffen. Wahrscheinlich wird Sagasta, der im Laufe der Woche mit allen Ministern, Parlamentarvorstehenden und Parteiführern Besprechungen pflegen will, neuerdings mit der Kabinettsbildung betraut werden.

### Asien.

Von den Philippinen und No-No. Nach Washingtoner Dröhungen sind die Generale Otis und Miller vom Präsidenten Mac Kinley angewiesen worden, einen Kampf mit den Filipinos nach Möglichkeit zu vermeiden; Otis sei besonders beauftragt, eine Kundmachung zu erlassen, welche den Tagalen versichert, die Vereinigten Staaten würden ihre Oberhoheit lediglich zu dem Zwecke ausüben, ihnen eine gute Verwaltung zu geben und Sicherheit für ihre persönlichen Rechte zu gewähren. Dagegen werden freilich die Tagalen einwenden, daß sie sich selbst für fähig halten, ihre eigenen Angelegenheiten gut zu verwalten und ihre Interessen zu wahren. Die Lage der Amerikaner ist um so heftiger, als ihre Hoffnung, Aguinaldo werde bald einflußlos werden, sich nicht erfüllt hat; im Gegentheil beweist die gestern beschlossene Neubildung des philippinischen Kabinetts, daß Aguinaldo's Ansehen heute so fest steht, wie nur irgend je zuvor. Alle neuen Minister sind ihm ergeben, ja es stellt sich heraus, daß die von den Amerikanern anfänglich zu ihren Gunsten gedachte Kabinettsliste ausschließlich zu dem Zweck abfichtlich herbeigeführt worden war, drei Minister, die im Verdacht standen, von den Amerikanern erkaufte zu sein, aber Wort zu werfen. Wo der möglich der amerikanischen Ueberwachung entzogenste Aguinaldo sich zur Stunde befindet, ist unbekannt, doch dürfte er vielleicht bald aus dem Lager des Tagalenherren von sich hören lassen.

Ferner liegen aus Madrid die folgenden auf die Philippinen bezüglichen Meldungen vor: In amerikanischen Kreisen wird gegen die Unterstellung, daß die Spanier No-No gekümmert hätten, um die Amerikaner zu schädigen, Protest erhoben. — Eine amtliche Depesche aus Manila besagt, ein kleines spanisches Geschwader sei bei Zamboango zusammengezogen, die spanischen Frauen seien noch nicht freigelassen worden. — Ein ehemaliger Beamter auf den Philippinen erklärte, die Lage der spanischen Gefangenen sei entsetzlich; gefangene Wände würden mit einem Ring durch die Rufe durch die Straßen geführt; andere würden wie Lastthiere behandelt; ein Bischof sei auf offener Straße geschlagen worden. Tausende von Gefangenen seien in Folge der Mißhandlungen gestorben.

### Afrika.

Die in Afrika kultivirt wird. Die englischen Kolonialhelden geben bekanntlich ihren deutschen Kollegen nichts nach, wo es gilt, an einem afrikanischen Stamm für irgend eine Unthat blutige Rache zu nehmen.

Eine Abtheilung der westafrikanischen englischen Schutztruppe war von einem eingeborenen wilden Regentstamm ermordet worden. Sofort nach dem Eintreffen dieser Nachricht wurde nun natürlich ein Strafzug organisiert. Derselben gehörten zwei Offiziere, drei weiße Sergeanten und etwa 100 Mann von der neugebildeten westafrikanischen Grenztruppe an. Alle wurden auf einem kleinen Dampfer untergebracht, welcher noch denselben Abend nach dem in der Nähe von Hewla auf einer Insel gelegenen Schuttlage des Heberalles ablegte. Die Dörfer der verrätherischen Eingeborenen wurden angegriffen und niedergebrannt. Darauf wurden mehrere Dörfer der den Wärdern fremdlich gemütheten Eingeborenen auf dem Festlande angegriffen. Diese Dörfer wurden ebenfalls niedergebrannt und außerdem mindestens 100 Eingeborene niedergemacht. Einige Führer der Eingeborenen wurden gefangen genommen und etwa sieben von ihnen an Bäumen aufgehängt. Der Häuptling der Stadt, welcher der Urheber des Heberalles gewesen sein soll, wurde von Leutnant Keating persönlich durch einen Scherzschied getödtet, nachdem Sergeant Gale gleich beim Ausbruch der Geindeligkeiten verwundet worden war.

Man wird zugeben müssen, wenn die Eingeborenen nach solchen Beweisen einer höheren Kultur sich nicht zu milderen Sitten belehren, dann ist ihnen nicht zu helfen.

### Parlamentarisches.

Reichstags-Dispositionen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Verhandlungen im Reichstag über die Interpellation v. Wangenheim wegen der Reichsnot mindestens zwei Sitzungstage beanspruchen werden. Wärdam kommt die Militärvorlage zur ersten Verathung, an die sich die zweite Lesung des Etats, soweit er nicht der Budgetkommission überwiesen ist, anschließt. Ein Schwereinstag wird noch nicht abgesehen, da sich der Senatorenkonvent noch nicht über die Reihenfolge der Erledigung der eingebrachten Anträge schlüssig gemacht hat.

### Im Zeitalter der Humanität.

Wir nennen uns zivilisirte Menschen und rühmen uns, humane Einrichtungen zu schaffen mehr als je ein Zeitalter. Und doch wird der Witz unserer geistreichen Ingenieure ohne Unterlaß vor die Augen gestellt, immer vollendeter, gefährlicherer Prodigien zu entwerfen, genant Waffen, zu erfinden. Einen neuen Beleg für diese Verhätigung humanen Kulturgeistes geben die Mittheilungen über die Hohlspingengeschosse, welche die auch-humanen Engländer in ihrem letzten Sudanfeldzug gebraucht haben.

Die englischen Truppen waren im Sudanfeldzug nach einem Verichte der „Times“ über ein neues englisches Armeegeschoss nicht mehr mit den bisherigen Kugelmantelgeschossen versehen, wie sie seit der Einführung der Reinfabrikanten Gewehre in allen europäischen Armeen geführt werden. Denn die Engländer haben angeblich in ihren letzten Kolonialkriegen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Kugelmantelgeschosse nicht hinreichend schwere Verletzungen beibringen, um den getroffenen Gegner stets außer Gefecht zu setzen. Aber es handelt sich auch nicht um die Hohlspingengeschosse, die berühmtesten „Dum-Dum-Geschosse“, welche die Engländer in ihrem jüngsten indischen Grenz-kriege verwendet haben; bei diesen ragt die Spitze des Bleikerns frei aus dem Rindmantel hervor, damit das Geschoss sich leichter deformirt (in der Form verändert). Diese Geschosse sind nicht einseitig eingeführt, weil ihrer grausame Wirkung den Unwillen der anderen Nationen erregt hat. Das neueste englisches Armeegeschoss ist vielmehr der Art konstruirt, daß es in der Spitze einen zylindrischen Hohlraum enthält. — Offenbar, damit es sich gleichfalls leichter deformiren und stärkere Zerstörung im Ziele bewirken soll. Das Hohlspingengeschoss hat die Eigenschaft, daß es beim Auftreffen auf den menschlichen Körper platzt, sich nach hinten zertheilt und stecken bleibt, wodurch der „shock“ erheblich gesteigert und die Wirkung gegenüber dem sanitischen Knisternen halbwilliger Krieger bedeutend erhöht wird. Ueber die Wirkung dieser Hohlspingengeschosse hat Dr. W. Bruns, Professor der Chirurgie in Tübingen und Generalarzt à la suite des R. Wärd. Sanitätskorps, dessen Untere-



Forschungen über das Dum-Dum-Geschoss vor kurzem großes Aufsehen erregten, mit dem Original-Gewehr und den Original-Patronen eine größere Reihe von Schießversuchen angestellt und dieselben in seinen Beiträgen zur klinischen Chirurgie veröffentlicht.

Die Versuche in kriegsärztlicher Hinsicht ergaben, daß das Hohlspitzgeschoss sich bei Nahschüssen außerordentlich leicht deformiert, also auch in Zielen, in denen das Vollmantelgeschoss keine Spur von Formveränderung erleidet. Die größte Deformation erleidet das Hohlspitzgeschoss aber bei Schüssen in feuchte und saftige Stoffe, in denen wiederum das Vollmantelgeschoss gar keine Veränderung erfährt. Die Geschosdeformation macht sich nach zweierlei Richtung geltend: die Tiefenwirkung wird vermindert, die Seitenwirkung vermehrt. Was den ersten Punkt betrifft, so ist die geringere Durchschlagsleistung der Geschosse im Falle der Deformation bedingt; sie nimmt mit dem Grade der Deformation in entsprechendem Verhältnis ab. Der andere Effekt der Geschosdeformation, die vermehrte Seitenwirkung, bedeutet eine größere Zerstörung im Ziele, entsprechend dem größeren Durchmesser des gestauchten Geschosses. Wie die Versuche von Bruns erweisen, sind die Weichheitskräfte an den Extremitäten auf nächste Entfernung (25 bis 50 Meter) entschieden schwerer, als bei den Vollmantelgeschossen, wenn sie auch lange nicht die gewaltige Zerstörung der Hohlspitzgeschosse erreichen. Es tritt, wenigstens bei größter Geschwindigkeit des Geschosses, schon in den Muskeln heftige Sprengwirkung ein. In den mit Flüssigkeit gefüllten Hohlorganen ist aber die Wirkung eine so enorm starke, wie sie bisher kaum beobachtet ist. Schußversuche auf ein lebendes Pferd begannen damit, daß man das Pferd durch einen Herzschuß tödtete, zu welchem Zwecke das Thier an Gurten aufgehängt worden war. Der Schuß hatte die Wirkung, daß die ganze Herzwand total zerrissen wurde, so daß am Ausschuss eine klaffende Wunde von 23 Zentimeter Länge und 19 Zentimeter Breite entstand, während die Öffnung am Einschuss kaum für den kleinen Finger durchgängig war. Die Wundränder waren vielfach zerstückelt und eingerissen und allenthalben mit feinsten Geschossfragmenten bedeckt. Auch bei einem Schuß auf 400 Meter Entfernung durch die wenig gefüllte Kammer einer menschlichen Leiche kam gegenüber einem kleinen Einschuss ein röhrenförmiger Ausschuss von 35 Millimeter Länge in der Rippenwand zu Stande. Auch die Knochenstücke durch Hohlspitzgeschosse sind auf die nächsten Entfernungen von 25-50 Meter ungleich schwerer, als die durch Vollmantelgeschosse, und annähernd gleich schwer, wie die durch Hohlspitzgeschosse. Das Geschoss ist immer in kleine Fragmente zertrümmert. Auf die Entfernung von 200-400 Meter erzeugen die Hohlspitzgeschosse gleichfalls entschieden schwerere Knochenstücke, als die Vollmantelgeschosse, wenn auch die Unterschiede sich etwas mehr ausgleichen. Auf die Entfernung von 600 Meter lassen die Knochenstücke kaum eine spezifische Wirkung der Hohlspitzgeschosse mehr erkennen.

Es ist also alles vortrefflich hergerichtet. Wir haben Geschosse, die auf weiteste Entfernungen vier bis fünf Menschenkörper hintereinander durchbohren und wir haben Geschosse, die auf kurze Entfernungen die Gliedmaßen so auseinanderreiben und zerbrechen, daß Verwundungen, die nicht sofort tödlich wirken, kaum mehr vorzukommen können.

Wir haben es herrlich weit gebracht! —

### Partei-Nachrichten.

In der Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ sind einige Veränderungen eingetreten. Am Schlocher lehrte der Redakteur Reulich nach Verhängung einer einmonatigen Strafe aus dem Gefängnis zurück. Dafür wird in einigen Tagen der Redakteur Zahn die wider ihn erkannten Strafen von einem und zwei Monaten antreten. Genosse Zahn scheidet dann definitiv aus der „Volkswacht“ aus. Er hat seit 8 1/2 Jahren sich der Partei mit allen Kräften gewidmet und dabei eine lange Reihe von Geld- und Freiheitsstrafen erdulden müssen. An seinen Platz trat in der Redaktion Genosse Paul Löbe.

Aus Amerika. Ein bedeutender Fortschritt unserer Bewegung ist im Staate Kalifornien zu verzeichnen. Bei den Staatswahlen im Jahre 1896 wurden dort 1611 sozialistische Stimmen abgegeben. Bei den diesjährigen Wahlen erhielten unsere Kandidaten:

Garciman als Gouverneur	5143
Andrew als dessen Stellvertreter	8784
Dieb als Staatssekretär	8986
Robertson als Kontrolleur	7585
Deiweh als Schatzmeister	9856
Hamilton als General-Staatsanwalt	7144
Smith als Verwaltungsdirektor der Staatsländereien	8753
Widdie als Schreiber des höheren Gerichts	9957
Jane Roulfson als Vorsteherin des Schulwesens	6683
Conti als Staatsdrucker	7107

Um bei der amtlichen Stimmenaushählung offiziell als eine Partei genannt zu werden, waren bei einer Gesamtbeteiligung von 287 064 Wählern mindestens 8611 = 3 pCt. aller Stimmen nötig. Vier unserer Kandidaten haben diesen Prozentsatz übertraffen. Die Sozialdemokratie Kaliforniens hat sich damit die offizielle Anerkennung als Partei erkobert. Sie ist nun die dritte Partei im Staate.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. l. w.

— Polizei und Arbeiterbewegung in Oberschlesien. In diesem schier unerhöflichen Kapitel wird uns geschrieben: In Deuthen, wo ein Parteigenosse in einem Privathause ein Versammlungslokal gemietet hat, weil kein Gastwirth sein Lokal aus Furcht vor der Polizei hergab, macht die Polizei auch diesem Genossen und dem Vermietter große Schwierigkeiten und will die Benutzung des Lokals zu Vereins- und Versammlungszwecken nicht gestatten. Der Vermietter schreibt dem Mieter u. a.: „... ich glaube, daß es am besten sein wird, wenn Sie von dem weiteren Halten des Lokals Abstand nehmen, damit ich wenigstens Ruhe von Seiten der Polizei habe und nicht stets Tag und Nacht bewacht zu werden brauche... bitte um Antwort bis Sonntag; denn ich habe fortwährend Strafe auf Strafe, erst heute wieder 6 M.“

Vorläufig besteht der Mieter auf seinem Miethsvertrage. Es handelt sich darum, den Streit mit der Deuthener Polizeiverwaltung in allen Instanzen durchzuführen, da ihm ihr Vorgehen nicht begründet zu sein scheint. Es wäre im Interesse dieser Sache sogar bedauerlich, wenn der Vermietter durch Zahlung der ausbedungenen Konventionalstrafe für einseitigen Austritt vom Vertrage dem Mieter die Fortsetzung des Streitverfahrens unmöglich machen würde.

— „Polizei und Publikum.“ Durch einen mit dieser Ueberschrift versehenen Bericht über eine Versammlung sollte der Redakteur Waberski vom „Hamburger Echo“ zwei Wandbeler Polizei-Beamten, den Kommissar Lipinski und den Sergeanten Ristig, beleidigt haben. In der Versammlung hatte ein Schlosser mitgeteilt, daß, als er und einige Freunde, in etwas angeheiteter Stimmung vom Wirthshaus kommend, auf der Straße stehen geblieben seien und ein Gespräch begannen hätten, er auf Geheiß des Polizeikommissars Lipinski durch einen Schutzmann zur Wache gebracht, dort nach 1 1/2 stündigem Warten von Lipinski mit den Ausdrücken „Lump, Landstrolach und Strolch“ bezeichnet, ferner von Lipinski davor die Brust gestochen worden sei, daß er auf einen Stuhl gefallen wäre, und daß er dann mit einer Kette gefesselt zum Polizeigefängnis geführt worden sei, wo man ihn am nächsten Morgen entlassen habe. Ein anderer Redner, der Bruder des erwähnten Schlossers, erklärte in der Versammlung, nachdem sein Bruder auf der Heimkehr vom Wirthshause verhaftet worden, habe der Polizeikommissar Lipinski seinen Säbel gezogen und eine Attacke auf die stützenden Teilnehmer gemacht. Dabei habe er, Redner, einen Stoß in das Genick und einen Säbelschlag erhalten, und der Kriminalbeamte Ristig habe ihn mit seinem Schirm geschlagen und ihn, als er sich,

das Wort Schweinehund nachgerufen. Diese Mittheilungen sollten un wahr sein. Die Verhandlung vor dem Landgericht in Altona fiel aber zu Ungunsten der erwähnten beiden Polizeibeamten aus. Das Gericht erachtete auf Grund der Zeugenvernehmung den Inhalt der Notiz des „Hamburger Echo“ als erwiesen und sprach den Redakteur Waberski sowie den mitangeklagten Schlosser und dessen Bruder kostenlos frei.

— Eine Handschuhung hatte am 2. Januar das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau zu verzeichnen. Man fandete in der Druckerei nach dem Manuskript eines Flugblattes, betreffend einen Vopstott in Verdau. Gefunden wurde nichts.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften! Seit 15. November v. J. befinden sich die Tagelöhner-Droschkenfahrer in einer Lohnbewegung und zwar fordern dieselben eine Lohnhöhung von 50 Pf. pro Tag. Die Aufsicher suchen durch partielle Betriebseinstellungen nach und nach auf den einzelnen Höfen die Lohnhöhung zu erringen. Mit Ausnahme von einzelnen Fuhrhöfen ist überall, wo die Aufsicher in den Streik traten, der Ausstand zu Gunsten der Aufsicher verlaufen. Aber auch auf diesen wenigen Fuhrhöfen wären Erfolge zu verzeichnen gewesen, wenn die Fuhrherren nicht unter den stellenlosen Arbeitern Streikbrecher gewonnen hätten. Auf die Fuhrhöfen haben dann die Aufsicher pro Tag 50 Pf. an den Fuhrherren zu zahlen. Die Sachen werden aber nie Eigentum des Fuhrherren. Sind die Sachen, welche einen Werth von 80-100 M. haben, zienlich bezahlt, so wird der Aufsicher aus irgend einem Grunde entlassen und die Sachen bleiben dann in Händen des Fuhrherren. Nur in den allerersten Fällen gelingt es, diese Handlungsweise zu durchkreuzen, da die 50 Pf. als Abnutzungsgeld bezeichnet werden. Daß die Fuhrherren infolge der großen Arbeitslosigkeit arbeitswillige finden, ist erklärlich. Der Unterzeichneter richtet nun an diejenigen Arbeiter anderer Berufe, welche gewillt sind, Aufsicher zu werden, die Bitte, ihre künftigen Berufskollegen in ihrer Lohnbewegung insofern zu unterstützen, als sie auf die geschützten Rationierungen der Fuhrherren nicht eingehen und überall da, wo sie gewillt sind, in Arbeit zu treten, sich vorher erkundigen, ob die Aufsicher auf dem betreffenden Fuhrhof auch nicht im Streik sind. Wenn die Arbeiter anderer Berufe in diesem Sinne unter ihren Kollegen ausläuend wirken, hoffen wir, aus diesem Lohnkampfe als Sieger hervorzugehen. — S. Schulz, Vertrauensmann der Droschkenfahrer Berlins, Neue Hohestr. 50.

Die Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Textilarbeiter! In der mechanischen Strickerei von R. Guttfeld u. Co., Andreasstr. 32 (Andreasstr.) ist wegen Lohnabzüge von 20-37 pCt. ein Streik ausgebrochen.

Aus einzelnen hier angeführten Artikeln ist zu ersehen, wie hoch die Lohnabzüge hier bemessen:

Für Sweaters 4377 wurde bisher Lohn gezahlt 12,— M., jetzt 9,50 M.
4462 „ „ „ „ 8,— „ 6,50 „
„ „ „ „ 5,75 „ 4,50 „
„ Chemisets „ „ „ 2,25 „ 1,65 „
„ Knaben-Jäckchen „ „ „ 6,— „ 3,75 „

Die Löhne aller übrigen Artikel sind im gleichen Verhältnis zu vorstehenden reduziert. Da es den Arbeitern nicht möglich ist, für diese reduzierten Löhne weiter zu arbeiten, so legten sämtliche Arbeiter (11 Mann) die Arbeit nieder. Sämtliche Arbeiter sind Mitglieder des Verbandes deutscher Textilarbeiter. Vor Zugang wird gewarnt. — Der Zentralverband der Textilarbeiter. J. A. C. Hübsch.

#### Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Krefelder Weber. Ueber den gegenwärtigen Stand der Bewegung berichtet unser Parteiorgan, die „Niederrheinische Volkszeitung“, folgendes:

Die Sammetweber-Bewegung ist in ein Stadium eingetreten, das befürchten läßt, daß am 16. Januar alle Sammetweberhütten stillfallen. Die Weber können unter keinen Umständen die neue Lohnliste anerkennen und die Fabrikanten scheinen es auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu wollen. In sämtlichen Fabriken ist die neue Lohnliste angeheftet worden, mit dem Bemerkten, daß dieselbe am 15. Januar in Kraft tritt. Die Führer der christlichen Textilarbeiter haben alle ihre Macht eingesetzt, um die Mitglieder zu bewegen, die neue Lohnliste anzunehmen. Am vergangenen Freitag war eine Versammlung nach der „Unitas“ einberufen, zu welcher der Wilar Strauss aus Vorbecht erschienen war. Dieser Mann hat einen sehr guten Jungenschatz, er war früher hier in Krefeld. Aber alle Beredsamkeit des Herrn konnte die christlichen Sammetweber nicht überzeugen. Sie erklärten einstimmig, die neue Lohnliste nicht anzuerkennen und lieber in einem Streik ehrenvoll unterzugehen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die sämtlichen Sammetweber des christlichen Textilarbeiterverbandes wohnen keinen Streik.
2. Können aber auch die neue Lohnliste in der jetzigen Fassung nicht anerkennen und stellen daher
3. den Antrag, daß eine gemischte Kommission in der Sammetweber-Branche, ähnlich wie in der Stoffbranche, gebildet werde, zur erneuten Prüfung der Lohnliste.

Dies war das Ganze, was die Herren Geistlichen erreichen konnten. Man sieht, es ist nicht viel, denn der zweite Passus hebt den ersten vollständig auf. Die christlichen Weber sind gesonnen, mit den andern Schulten an Schulten zu kämpfen und wollen sich nicht mehr leihkammern lassen. Die Schneidweber, welche der Redaktion der „Niederrheinischen Volkszeitung“ wegen ihrer Haltung in der Weberbewegung von den christlichen Arbeitern gefogt wurden, veröffentlichen dieselbe natürlich nicht. Es herrscht wegen seiner offenen Parteinahe für die Fabrikanten eine ungeheurer Erbitterung gegen das Zentrumsbüro, die demselben sicher eine große Anzahl Abonnenten kosten wird. — Jetzt, wo der Streik unvermeidlich, müssen die kämpfenden unterstützt werden. Der Sieg muß auf die Seite der Arbeiter fallen. Den Fabrikanten muß bewiesen werden, daß die Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor im gesellschaftlichen Leben sind.

Die „Germania“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Bericht, der annehmen ließ, daß sich die Weber der christlichen Vereine von den übrigen trennen werden und zur Arbeit zurückkehren. Das ist nach obiger Darstellung nicht zutreffend, vielmehr kann man auf einen guten Zusammenhalt der Streikenden schließen.

Ueber den Weberstreik in Cuxen wird der „Adn. Jtg.“ geschrieben, daß die Pläge der Streikenden vielfach durch Weber aus Berviers ersetzt sind. Diese Übernahmen in der Fabrik, wo sie auch beschäftigt werden.

#### Ausland.

Die Bauarbeiter von Westböhmen haben für das Jahr 1899 einen Lohnarif aufgestellt, den sie in Form eines Memorandums allen Bauunternehmern und Baumeistern überreicht haben, und für dessen Durchführung die Bauarbeiter auf allen Bauplätzen Westböhmens eintreten müssen. Sie verlangen:

Die Schichtdauer eines Arbeitstages ist von 7 Uhr früh bis 5 Uhr Abends festzusetzen, wovon eine halbe Stunde auf die Vormittags- und eine halbe Stunde auf die Mittagspause entfallen; hierfür wird für die verschiedenen Arbeitskategorien folgender Minimallohn verlangt: für Maurer, Zimmerer, Steinmeger und Helfenarbeiter ein Tagelohn von 2 fl. 20 kr.; für Hilfsarbeiter 1 fl. 60 kr. und für weibliche Arbeiter 1 fl. 10 kr. Ferner wird die Beilegung der Akfordarbeit gefordert, sowie die Errichtung von Baubuden und Aborten.

### Soziales.

Eisenbahn-Fahrpreise. Eine vergleichende Zusammenstellung der Eisenbahn-Fahrpreise in Personerverkehr ergibt, daß in Beziehung auf die Verbilligung des Fernverkehrs Deutschland von anderen Ländern längst überflügelt ist.

500 Kilometer III. Kl. (Schnellzug) kosten in:	
Preußen	23,35 Mark
Süddeutschland	22,50 „
Belgien	15,40 „
Oesterreich	14,00 „
Rußland	10,80 „
Dänemark	6,20 „

Unser Fahrpreis ist also noch heute fast dreimal theurer als in Dänemark!

1000 Kilometer III. Kl. (Schnellzug) kosten in:	
Preußen	46,70 Mark
Süddeutschland	45,00 „
Belgien	30,80 „
Oesterreich	25,40 „
Rußland	17,30 „
Ungarn	8,20 „
Dänemark	7,30 „

Für die Fahrten von 1000 Kilometern und darüber ist das Verhältniß noch viel ärger.

Auf der letzten Generalkonferenz, die die Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltungen in Berlin abhielten, ist, wie die Zeitschrift „Jourenalist“ erfährt, von den Vertretern aller Hauptbahnen übereinstimmend kundgegeben worden, daß der Wunsch nach Einführung einheitlicher und ermäßigter Fahrpreise in absehbarer Zeit kaum verwirklicht werden könne, zumal der Widerstreit der Interessen sich als ein großer und schwer zu beseitigender herausgestellt habe.

Der eigentliche Kernpunkt der so unbenutzten Personenarif-Reform ist aber der preussische Fiskus, der von der Einführung eines billigen einheitlichen Fahrpreises eine Verminderung seines Profits und die soziale Ausflüftung der Volksmassen, insbesondere in den östlichen Provinzen befürchtet, welche Landestheile eben wegen ihrer schlechten und theuren Verbindung mit dem intelligenteren Westen noch die verhältnißmäßig sichersten Gebiete des Junkerthums sind, auf das sich die Politik der preussischen Regierung zum Schaden aller anderen Volksklassen stützt.

Die Anstellung von drei Schulärzten an den Volksschulen beschlossen einstimmig die Stadtverordneten von Bonn am Rhein. Nach der Dienstamweisung haben die Schulärzte die Aufgabe, die neuereitretenden Schüler zu untersuchen und das Ergebnis auf einem sogenannten Gesundheitsbogen zu verzeichnen, der das Kind von Klasse zu Klasse begleitet und bei etwaigen Wechsel der Schule an diese weitergegeben wird. Ferner hat jeder Schularzt allmonatlich während der Schulstunden eine Sprechstunde in Gegenwart des Leiters oder der Leiterin der Schule abzuhalten, wobei sämtliche Kinder anherlich untersucht und die einer genaueren Untersuchung bedürftigen Kinder zurückgestellt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Schularzt auf die Peizung, Leistung und Veteuerung zc. der Schulkinder zu achten und die von ihm entdeckten Mängel sofort zur Sprache zu bringen. Die Schulärzte erhalten für ihre Thätigkeit eine Vergütung von je 600 M. jährlich.

Arbeiter-Misfit. In der Paulus'schen Maschinenfabrik in Wöfen wurde einem 18jährigen Arbeiter durch einen zerpringenden Schleifstein der Schädel zerschmettert, so daß alsbald der Tod eintrat.

36stündige Wochenschichten können, wie uns geschrieben wird, auf der Königschütte in Oberschlesien wieder in Uebung und zwar bei den Kesseln des Hochofenbetriebes. Gerade an dieser Stelle ist die übermäßige Anspannung der Arbeiter aber äußerst bedenklich. Die Beforgung der Kessel erfordert aufmerksame Leute. Wer kann aber 36 Stunden lang aufmerksam sein?

Was das Kapital verdient. Die Viefelfelder Maschinenfabrik vorm. Darlopp u. Ko. in Viefelfeld hat in dem letzten Geschäftsjahre, das übrigens nur 9 Monate umfaßte, einen Reingewinn von über 900 000 M. erzielt. Der Aufsichtsrath schlägt eine Dividende von 20 pCt. vor.

Speisung von armen Schullindern in Kopenhagen. Die Gemeindevetretung der dänischen Hauptstadt hatte feinerzeit dem „Verein zur Speisung von Freischulkindern“ jährlich 4000 Kronen Subvention bewilligt, weil sie durch die Thätigkeit dieses Vereins im Armenbudget Ersparnisse machte. Als 1893 die Opposition in die Gemeindevetretung kam, setzte sie unter dem Widerstande der Rechte die Erhöhung auf 10 000 Kronen durch, und als kürzlich die Opposition die Mehrheit im Gemeinderathe bekommen hatte, beantragte sie die Bewilligung von jährlich 20 000 Kronen; weiter sollte diese Unterstüzung nicht mehr aus dem Armenfonds, sondern aus dem Fonds für philanthropische Zwecke genommen werden. Die Rechte und der Magistrat widersetzten sich dem Antrage. Da drohte der Gemeinderath, dann das ganze Budget nicht bewilligen zu wollen, in welchem Falle dem Ministerium die Entscheidung des Streitfalles obgelegen hätte. Im letzten Augenblick fand der Magistrat und die Rechte einen Ausweg: man bewilligte 10 000 Kr. aus dem Fonds für philanthropische Zwecke und 10 000 Kronen aus dem „Armenfonds“. Der Ausgleich ist angenommen. In Kopenhagen stehen also jetzt jährlich 20 000 Kronen für die Speisung von Schullindern zur Verfügung.

### Tezte Nachrichten und Depeschen.

Triest, 4. Januar. (B. H.) An der istrischen Küste wüthet ein heftiger Südweststurm, der sowohl auf dem Wasser wie auf dem Lande bereits großen Schaden angerichtet hat. Bei Rovigno zerschellten mehrere Küstenfahrer, wobei es nur mit großer Mühe gelang, die Besatzungsleute zu retten.

Brag, 4. Januar. (B. H.) Einer Blättermeldung zufolge soll die Ernennung eines czechischen Landmanns, Ministers bevorstehen, dessen Kompetenz aber darauf beschränkt bleibt, das Visum in allen die czechische Nation betreffenden Angelegenheiten zu unterfertigen.

Budapest, 4. Januar. (B. H.) In der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung wurde die Obstruktion in schärfster Weise von der Opposition fortgesetzt.

Paris, 4. Januar. (B. H.) Der Kassationshof hat nun ebenfalls ein Mandat unterzeichnet, wonach Esterhazy vor den Kassationshof geladen wird. Die Vorladung wurde seiner Geliebten, Madame Parys, durch einen Gerichtsdienner zugestellt. Madame Parys weigerte sich Anfangs, die Vorladung anzunehmen, willigte aber später darein, das Schriftstück Esterhazy zu übermitteln. Das Verhör Esterhazy's ist auf den 12. Januar angesetzt. Ohne Zweifel wird Esterhazy der Vorladung keine Folge leisten, weil ihm in derselben kein freies Geleit garantiert wird.

London, 4. Januar. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Manila vom 3. d. M.: Meldungen aus Zulo zufolge billigte eine Versammlung von Insurgenten am Sonnabend den Schritt einer Delegation derselben, welche den General Miller gebeten hatte, sein Vorgehen zu verschieben, bis die Insurgenten sich mit Aguinaldo in Verbindung gesetzt hätten. Den Amerikanern ist die Versicherung gegeben worden, daß sie ohne Waffen an Land gehen könnten; wenn sie aber mit Waffen an Land gingen, sei es unmöglich, die Eingeborenen in Ordnung zu halten. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um einem Versuch der Amerikaner, den Platz zu besetzen, entgegenzutreten. Von den benachbarten Inseln treffen Verstärkungen ein.

London, 4. Januar. (B. H.) Reu-Horler Depeschen zufolge nehmen die Verhandlungen wegen Vereinigung der wichtigsten amerikanischen Kupferminen einen günstigen Fortgang. In die Kombination sollen alle Kupferminen einbezogen werden.

Dronheim, 4. Januar. (B. L. W.) Vergangene Nacht überscherte eine Feuersbrunst 10 Häuser ein. Vier Personen kamen in den Flammen um. 300 Menschen sind obdachlos.

Konstantinopel, 4. Januar. (B. H.) Ein großes Terrain in Balaßina ist von der Porte an ein deutsches Kapitalistenkonzortium, wie verlautet, zur Gründung einer Ackerbau-Kolonie unter dem Namen „Wilhelm II.“ verpachtet worden.

Alexandrien, 4. Januar. (B. H.) Mehrere beurlaubte ägyptische Regimenter sind wegen des weiteren Vormarsches der Truppen Reueit's wieder einberufen worden.



Unfallversicherung.

Die vom Reichs-Versicherungsamt nach § 77 des Unfallversicherungs-Gesetzes vom 6. Juli 1884 und den entsprechenden Bestimmungen der weiteren Unfallversicherungs-Gesetze aufgestellte und dem Reichstage vorgelegte Nachweisung der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften...

Die 113 Berufsgenossenschaften mit 919 Sektionen, 1102 Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände, 5254 Mitgliedern der Sektionsvorstände, 25 453 Vertrauensmännern, 214 angestellten Beauftragten (Revisionsingenieuren u. c.), 1016 Schiedsgerichten und 4168 Arbeitervertretern, haben 5097 547 Betriebe mit 17 231 680 versicherten Personen umfasst. Hierzu treten bei den 404 Ausführungsbehörden mit 406 Schiedsgerichten und 2109 Arbeitervertretern zusammen 715 758 Betriebe, so daß im Jahre 1897 bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen 17 947 447 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind.

An Entschädigungsbeträgen sind von den Berufsgenossenschaften gezahlt worden 57 482 727,76 M. (gegen 51 326 782,16 M. im Vorjahre); seitens der Ausführungsbehörden 5 539 481,29 M. (gegen 4 951 073,42 M. im Vorjahre); seitens der 13 Versicherungsanstalten der Bauwerks-Berufsgenossenschaften 951 388,72 M. (gegen 876 541,95 M. im Vorjahre). Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge (Renten u. c.) belief sich im Jahre 1897 auf 63 973 547,77 M. (gegen 57 154 397,53 M. im Vorjahre).

Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1897 Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf 92 326 (gegen 88 406 im Vorjahre). Hiervon waren Unfälle mit tödlichem Ausgange 7416 (gegen 7101 im Vorjahre), Unfälle mit nicht-möglich dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit 1507 (gegen 1547 im Vorjahre). Die Zahl der von den getödteten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten Personen beträgt 14 644 (gegen 13 953 im Vorjahre). Darunter befinden sich 4802 Wittwen (4505), 9575 Kinder (9194) und 267 Waisen (254). Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 382 307 (gegen 351 789 im Vorjahre).

Eine unter statutarischer Strafe gestellte Verpflichtung zur Anmeldung der Unfälle bei den Berufsgenossenschaften besteht leider nicht durchweg. Im Allgemeinen wird deshalb die Zahl der gemeldeten Unfälle geringer sein, als die Gesamtzahl aller Unfälle, welche eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten.

Die Zahl der entschädigten Unfälle stellt sich für die Jahre 1889 bis 1897 — für welche die Unfallversicherungs-Gesetze, als Gesamtheit genommen, voll durchgeführt sind und daher vergleichbare Angaben vorliegen — wie folgt:

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl Unfälle, Anzahl der gewerblichen Unfälle, Anzahl der landwirtschaftlichen Unfälle. Rows for years 1889-1897.

Hieraus ist die Zahl der entschädigten Unfälle noch bedeutend im Steigen. Die Steigerung bleibt auch bestehen, wenn man die Zahl der entschädigten Unfälle in Beziehung setzt zu der Zahl der versicherten Personen.

Die Summe der anrechnungsfähigen Löhne, die sich, wie hervorgehoben wird, mit den wirklich verdienten Löhnen nicht deckt, betrug im Jahre 1897 bei den 65 gewerblichen Berufsgenossenschaften 4 253 620 601,92 M. (gegen 3 922 996 386,52 M. im Vorjahre) bei einer Zahl von 6 042 618 versicherten Personen (gegen 5 734 680 im Vorjahre). Es kamen also auf einen Versicherten an anrechnungsfähigen Lohn im Durchschnitt 704 M. gegen 684 M. im Vorjahre, und es ist die Zahl der versicherten Personen um 307 938, der Betrag der anrechnungsfähigen Löhne um 330 624 215,40 M. gestiegen.

Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben sich, wie auch früher, Lohnbeträge, welche für die Beitragsberechnung zu Grunde gelegt werden, in die Nachweisung nicht aufnehmen lassen, angeblich wegen des „abweichenden Berechnungsverfahrens“. Die Zahl der in den Betrieben der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchschnittlich versicherten Personen ist, wie im Vorjahre, unter Vermengung der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1895 und des den Vorständen zur Verfügung stehenden eigenen Materials ermittelt worden und beträgt hiernach 11 189 071. Diese Zahl umfasst außer den ständig in der Land- und Forstwirtschaft thätigen Arbeitern und Betriebsbeamten die umfangreiche Klasse der landwirtschaftlich im Nebenberufe Beschäftigten und die mitversicherten Betriebsunternehmer und deren Ehefrauen.

Die Gesamtausgaben beliefen sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 52 444 081,26 M. (gegen 50 888 864,25 M. im Vorjahre) und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf 18 182 155,85 M. (gegen 16 072 886,81 M. im Vorjahre), was auf einen Versicherten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 8,68 M. (8,57), bei den landwirtschaftlichen 1,62 M. (1,44) ausmacht. Für Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen, für die Schiedsgerichte und für die Unfallversicherung wurden zusammen 4 005 634,79 M. gezahlt. In die Reservefonds sind im Jahre 1897 1 700 354,07 M. eingelegt worden.

Die laufenden Verwaltungskosten betragen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 5 858 747,59 M. (gegen 5 070 278,52 M. im Vorjahre), bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 2 068 920,19 M. (gegen 1 944 670,55 M. im Vorjahre). Davon kamen auf einen Versicherten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 0,59 M. (0,58), bei den landwirtschaftlichen 0,18 M. (0,17). Die Höhe der laufenden Verwaltungskosten ist bei den einzelnen Berufsgenossenschaften sehr verschieden.

Die Gesamtansgaben der 404 Ausführungsbehörden haben sich auf 5 674 504,38 M., die der 13 Versicherungsanstalten der Bauwerks-Berufsgenossenschaften auf 1 425 273,70 M. belaufen.

Die Bestände der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen 135 423 811,81 M., die der mehrerwähnten Versicherungsanstalten 717 712,68 M.

Lokales.

Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne! Die Mitgliedsarten zur 6. Abtheilung gelangen vom 5. Januar ab an die bereits aufgenommenen Mitglieder zur Ausgabe gegen Rückgabe der vom Jahrestelleninhaber erhaltenen Quittung. Die neuen Mitglieder werden daher gebeten, ihre Karten aus den Zahlstellen abzuholen. Es liegt im Interesse aller Mitglieder und Freunde der Volksbühne, in ihrem Kreise für die baldige Fällung der 6. Abtheilung zu wirken. Zur Aufführung gelangt auch für die 6. Abtheilung Wallenstein's Tod. Die Vorstellung der II. Abtheilung ist am kommenden Sonntag. Die Mitglieder werden gebeten, zum bevorstehenden Quartalsabschluss etwaige Beitragsreste zu begleichen (siehe Status). Nachzügler anderer Abtheilungen erhalten nur, soweit Raum vorhanden, einen Stechplatz bei den Vorstellungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 8 1/2 Uhr Generalversammlung in Sehe's Restaurant, Annenstr. 16, 1 Treppe. Die Bibliothek ist von 7 1/2 Uhr ab geöffnet. Sonntag, den 8. Januar, Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Heine in Cohn's Festsaal, Deutstr. 19-20. Dienstag, den 10. Januar, Vortrag des Genossen August Bebel in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Die Sterblichkeitsziffer Berlins

Ist seit zwei Jahren im Rückgange begriffen. Es starben (einschließlich Todgeborene) in den Jahren 1894, 1895, 1896 nach Angabe des neuesten Berliner „Statist. Jahrb.“ 22,21, 23,74, 21,16 pro Tausend der männlichen, 17,64, 18,98, 17,08 pro Tausend der weiblichen, 19,82, 21,24, 19,02 der gesammten Bevölkerung. Das Jahr 1896 hatte den niedrigsten bis dahin in Berlin beobachteten Stand. Das „Jahrbuch“ weist jedoch wiederholt darauf hin, daß einerseits der Rückgang der Sterblichkeitsziffer sich großentheils aus dem Rückgange der Geburtenziffer erklärt, und andererseits die durch bloße Vergleichung mit der Bevölkerungszahl gewonnene Sterblichkeitsziffer für große Städte nur einen sehr mangelhaften Maßstab bietet, da hier die Bevölkerung infolge massenhaften Zugabes von Personen der kräftigsten Altersklassen eine unternormale Sterblichkeitsziffer haben muß. Thatsächlich stellt sich die wirkliche, aus der Sterblichkeitsziffer abgeleitete Sterblichkeitsziffer für Berlin bedeutend höher. Das „Jahrbuch“ theilt in dem neuesten Jahrgange die Berechnung erst bis 1894 mit. Danach starben 1894 nicht, wie oben angegeben, 22,21 pro Tausend der männlichen, 17,64 pro Tausend der weiblichen, 19,82 pro Tausend der gesammten Bevölkerung, sondern 27,07 der männlichen, 23,24 pro Tausend der weiblichen, 25,21 der gesammten Bevölkerung. Die wirkliche Sterblichkeitsziffer war also höher als die scheinbare: bei der männlichen Bevölkerung um 21,9 pCt., bei der weiblichen um 31,7 pCt., bei der gesammten um 37,2 pCt. Die Differenz zwischen der scheinbaren und der wirklichen Sterblichkeitsziffer hat auch im Allgemeinen eine steigende Tendenz, wie ja auch die Bevölkerung Berlins in ihrer Zusammensetzung immer mehr von der Norm abweicht. Die wirkliche Sterblichkeitsziffer übertraf die scheinbare z. B. in den Jahren 1876, 1881, 1886, 1891, 1894 bei der männlichen Bevölkerung um 4,9, 8,0, 13,3, 15,9, 21,9 pCt., bei der weiblichen um 4,8, 12,5, 18,9, 23,6, 31,7 pCt., bei der gesammten um 5,1, 11,3, 16,2, 20,1, 27,2 pCt. Der seit zwei Jahrzehnten beobachtete Rückgang der Sterblichkeitsziffer ist also viel weniger bedeutend, als er auf den ersten Blick erscheint, aber er ist auch so noch erheblich genug. Von den einzelnen Stadttheilen hatten 1894, 1895, 1896 die niedrigsten Sterblichkeitsziffern: Friedrichstadt 11,38, 11,68, 11,55; Altstadt 13,65, 14,47, 14,02; Schöneberger Vorstadt 14,08, 14,85, 13,68; Tempelhofer Vorstadt westlich 13,72, 15,95, 14,25; diesseitige Prenzlauer Vorstadt 14,58, 15,65, 15,12; andererseits die höchsten: Stralauer Viertel östlich 22,09, 22,75, 21,66; jenseitige Luisenstadt östlich 22,97, 24,43, 20,34; Rosenthaler Vorstadt nördlich 22,86, 25,46, 21,66; Köpenicker Vorstadt 25,76, 26,44, 24,98; Wedding 26,02, 28,04, 24,35. (Die in Kronenbäumen Gestorbenen sind möglichst den Standsbeamten zu gezählt, in denen ihre Wohnung lag.) Die Sterblichkeit ist im Allgemeinen in den an Kindern reichen, vorwiegend von Arbeitern bewohnten, neueren Stadttheilen am größten.

Vom kleinsten aller Wahlsysteme.

Nach der amtlichen Bekanntmachung des städtischen Wahlbureau's stellte sich das Resultat der am 27. October 1898 vollzogenen Urwahlen zum Abgeordnetenhaus in den vier Berliner Wahlkreisen wie folgt:

Table with 5 columns: Nummer des Wahlkreises, Zahl der Wahlmänner, I. Abtheilung, II. Abtheilung, III. Abtheilung, Summa. Rows for I, II, III, IV and total.

Die Wahlbetheiligung gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 10 columns: Nummer des Wahlkreises, I. Abtheilung, II. Abtheilung, III. Abtheilung, Summa, 1893, 1898. Rows for I, II, III, IV and total.

Für das Berliner Buchdruckhandwerk ist, wie wir schon berichtet haben, vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg die Errichtung einer Zwangsinnung genehmigt worden. Die Innung tritt mit dem 1. Mai d. J. unter dem Namen „Buchdruckerinnung in Berlin“ in Kraft. Unter Buchdruckhandwerk soll nach Anordnung des Oberpräsidenten das gesammte Buchdruckgewerbe verstanden werden und sind somit sämtliche Buchdruckerbetriebe in Berlin betriebspflichtig. Daß der Beitrittszwang ohne Unterschied der Art des Gewerbebetriebes ausgesprochen wird, muß überraschen. Das Gesetz bestimmt, daß nur diejenigen Gewerbetreibenden zum Beitritt in die Zwangsinnung verpflichtet sind, die ein Handwerk ausüben. Wie der Oberpräsident dazu kommt, die großen Berliner Druckerbetriebe, in welchen mit Ausnutzung großer maschineller Hilfsmittel gearbeitet wird, deren Leiter meist Kaufleute und Buchhändler sind, zu den Handwerksbetrieben zu zählen, dürfte in Interessententkreisen selbst mit Erstaunen aufgenommen werden. Es zeigt sich nur wieder, was auch bei Verfassung des Gesetzes vielfach betont wurde, wie schwer es ist, eine Grenze zwischen

Handwerk und Großbetrieb zu finden. In diesem Fall hat sich der Oberpräsident die Sache sehr leicht gemacht, für ihn ist anscheinend im Buchdruckgewerbe ein solcher Unterschied überhaupt nicht vorhanden.

Öffentliche Straßenbrunnen. Die Zahl der öffentlichen Straßenbrunnen Berlins betrug am 31. März 1898 insgesammt 1814 Stück; ferner waren 16 Spring- bzw. Laufbrunnen vorhanden. Die an den Wasserläufen zur Zeit der Choleraepidemie für die Schiffer errichteten fiskalischen sogenannten Freibrunnen sind, soweit deren Erhaltung notwendig erschien, in das Eigentum der Stadtgemeinde übernommen worden. Wegen ihrer mangelhaften Bauart und ihres schlechten Aussehens mußten diese in der Eile errichteten Brunnen sämtlich umgebaut werden. Die Brunnen werden aus der Wasserleitung gespeist, eine Einrichtung, welche sich als durchaus zweckmäßig bewährt haben soll. Aus diesem Grunde, sowie mit Rücksicht darauf, daß bei einer großen Anzahl von Rohrbrunnen das Wasser mit der Zeit eine Beschaffenheit angenommen hat, daß es für Genußzwecke nicht mehr verwendet werden kann, will die städtische Baudeputation nur noch solche Rohrbrunnen bauen lassen, welche ausschließlich den Zwecken der Feuerwehr dienen und wegen der einfachen Konstruktion sich wesentlich billiger stellen; das Wasser für den Straßenverkehr aber soll überall da, wo ein Bedürfnis vorliegt, aus der Wasserleitung entnommen werden.

Öffentliche Bedürfnisanstalten. Die Gesamtzahl der am 31. März 1898 vorhandenen, von der städtischen Bauverwaltung erbauten öffentlichen Bedürfnisanstalten betrug 159; darunter befanden sich 49 zweistöckige, 1 sechsstöckige, 104 siebenstöckige, 1 achsstöckige, 3 zehnstöckige und 1 elfstöckige. Nachdem die angestellten Verwalter gezeigt haben, daß die Einrichtung der Anstalten mit Delverfälschung-Abteilung den Vorzug verdient vor der Einrichtung mit Wasserfüllung, soll mit der allmählichen Umwandlung der mit Wasserfüllung versehenen Anstalten sowie mit der Einrichtung weiterer Anstalten mit Delverfälschung-Abteilung vorgegangen werden. Demgemäß ist im Verwaltungsjahre 1897/98 verfahren worden. Es wurden neugebaut 4 sieben- und 2 zehnstöckige und umgewandelt 9 Anstalten. Am Schlusse des Verwaltungsjahres waren 22 mit Delverfälschung-Abteilung versehenen Anstalten vorhanden. Für die Aufstellung und Veränderung solcher Anstalten wurden 1897/98 insgesammt 48 094 M. verausgabt.

Berliner Brotpreise. Im November 1898 (bezw. 1897, 1896, 1895) war der Durchschnittspreis (berechnet vom Berliner Statistischen Amte aus den in 34 Mädlereien gemachten Mädläufen) für 1 Kilogramm Roggenbrot rund 24 1/10 (23 1/10, 27 1/10, 27 1/10) Pfennig, für 1 Kilogramm Weizenbrot rund 29 1/10 (29 1/10, 33, 34 1/10) Pfennig. Für 50 Pfennig bekam man durchschnittlich rund 2006 (2146, 2344, 2400) Gramm Roggenbrot, rund 1178 (1263, 1391, 1453) Gramm Weizenbrot. Der nach dem Maximum des Mai und Juni 1898 in den folgenden Monaten eingetretene Preisrückgang hat sich im Herbst wieder verlangsamt und ist im November nahezu zum Stillstand gekommen.

Auslieferung von Paketen außerhalb der Posthalterstuden. Die Auslieferung von gewöhnlichen Paketen kann gegenwärtig, wie allgemein bekannt sein dürfte, bei den hiesigen Stadt-Postanstalten nur bis 7 Uhr Abends erfolgen. Nach dieser Zeit werden ausnahmsweise nur „dringende“ Paketsendungen zur Postförderung angenommen. Für derartige Pakete wird zur Zeit außer dem tarifmäßigen Porto und dem feststehenden Tarfbetrage von einer Mark noch eine besondere Einlieferungsgebühr von 20 Pf. erhoben. Die Reichs-Postverwaltung beabsichtigt nun, um vielfachen Wünschen, welche besonders aus Ärzte- und Apothekerkreisen, sowie aus der Mitte des Reichstages an sie herangetreten sind, zu entsprechen, von sämtlichen Postanstalten auch gewöhnliche Pakete außerhalb der Schalterstunden annehmen zu lassen und für diese Sendungen neben dem tarifmäßigen Porto lediglich eine besondere Einlieferungsgebühr von 20 Pf. zu erheben. In der jüngst im Reichs-Postamt abgehaltenen Konferenz wurde die Erhebung einer besonderen Gebühr für die ausnahmsweise Annahme von gewöhnlichen Paketen für unbedingt erforderlich erachtet, um etwaige Mißbräuche, beispielsweise die Auslieferung von großen Paketenmengen nach Schalterstuden, fernzuhalten.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des blutigen Vorganges in der Tegelerstraße 15 haben nach einer Richtung hin zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Die Polizei des 68. Reviers nahm Dienstag Nachmittag zwei Männer fest, die sich in einer Kneipe in der Sparstraße verdächtig gemacht hatten. Einer von ihnen hatte hier in der Zone des Vorwurfs zu einem Frauenzimmer geäußert: „Na, Du hast uns wohl schon verpöfien!“ Die Festgenommenen wurden der Kriminalpolizei zugeführt. Diese lud noch Abends nach 8 Uhr dem Gärtner Hoffmann, als er eben von seinem Dienst an der Vergalademie heimkehrte, nach dem Polizei-Dienstgebäude. Er vermute jedoch gestern die Männer nicht zu erkennen und soll ihnen heute noch einmal gegenübergestellt werden. — Inzwischen war Hoffmann in eine eigenartige Lage geraten. Das Ergebnis der vorgestern Nachmittag vorgenommenen Leichenöffnung war nämlich, daß der unglückliche Hasehoff nicht an einer der Stieh- oder Schlagwunden, sondern an einer Schußverletzung gestorben ist. Hoffmann sagte zunächst aus, einer der Einbrecher habe auch geschossen. Später meinte er, das Geräusch, das er für den Knall eines Schusses gehalten habe, sei doch wohl anderer Art gewesen. Das Verhalten Hoffmann's deutete darauf hin, daß er unter dem Eindrucke stand, eine seiner Augen, die den Verbrechen galten, habe den Hausverwalter getroffen und vielleicht getödtet. Es war auffallend, daß Hoffmann sich gleich nach dem Tode Hasehoff's wieder in seine Wohnung hinauf begeben hatte und zu seiner ersten Vernehmung erst von Polizeibeamten wieder herunter gerufen werden mußte, nachdem er sich bereits wieder ins Bett gelegt hatte. Ein Herr Sutter aus dem Hause Nr. 15 hat wahrgenommen, daß er, während er gleich nach dem Vorfalle mit dem Revolver in der Hand im Hausflur stand, am ganzen Leibe zitterte. Gestern Vormittag nur wurde es allen Hausgenossen zur Gewisheit, daß eine Kugel Hoffmann's durch einen unglücklichen Zufall das Unheil angerichtet habe, als ein Schußmann des 68. Reviers der Witwe den Totenschein brachte, auf dem als Todesursache eine Schußverletzung angegeben war. Und democh trifft die schon zur Gewisheit gewordene Vermuthung nicht zu. Glücklicher Weise hat man die tödtliche Kugel im Bundesanal noch gefunden. Eine Vergleichung des Geschosses mit dem Revolver des erschossenen Hasehoff und Hoffmann's und mit den zugehörigen Kugeln hat gezeigt, daß die tödtliche Kugel aus einer anderen Waffe abgefeuert worden ist. Sie hat ein viel kleineres Kaliber als die beiden Revolver und ist wahrscheinlich ein Leihgeschloß. Hiernach hat einer der Einbrecher den todbringenden Schuß abgefeuert. Die erste Bekundung Hoffmann's entsprach den Thatfachen, seine spätere Angabe, er könne sich auch geirrt haben, ging wohl aus dem Gefühl seiner eigenen inneren Unsicherheit und Unruhe hervor, da man eine Schußwunde nicht gefunden hatte. — Der Hofhund ist den Wirtungen eines Stiches mit einem spitzen Werkzeuge, anscheinend einer Zelle, erlegen. Er hat auch Gift bekommen, das jedoch nicht tödtlich wirkte.

Der Polizeibericht meldet hierzu noch folgendes: Es steht nunmehr fest, daß der Tod des Wertmeisters Hasehoff infolge einer Schußverletzung eingetreten ist; in dem an der Kassenwurzel beginnenden Schußkanal ist ein kleinkalibriges Geschloß vorgefunden worden, das nach Größe und Gewicht nur aus einer Waffe mit kleinem Kaliber und knallloser Konstruktion herrühren kann. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß das Geschloß von einem der bei der Abwehr der Einbrecher gebrauchten Revolver her stammt.

Eine Benzineplosion, die vier Menschenleben geforderte, ereignete sich Mittwoch Abend 7 Uhr Lindenstraße Nr. 90. Hier hat im Patentre- und Kellergehoß



die Buchdruckerei und Lithographische Anstalt von Gendebert ihre Geschäftsräume. Am die angegebene Zeit explodirte im Keller ein unbekannter Ursache eine etwa 10 Liter haltende Benzinschloße. Die im Keller anwesenden vier Personen wurden durch den erzeugten Druck zur Seite geschleudert, doch wurde glücklicherweise nur einer derselben von den Flammen erfaßt. Auch ihm gelang es, das Feuer zu gewinnen und die Flammen zu ersticken. Die übrigen Personen erlitten gleichfalls keine wesentlichen Verwundungen. Die Feuerwehre der Hauptwache war schnell zur Stelle und löschte mit einem Nothre den entstandenen Brand. Eine weißbrotliche Maschine und verschiedene Ausrüstungen sind arg beschädigt.

**In Sachen des vermissten Professors Otto Harnack** werden die Zeitungen von dessen Schwiegervater, Geheimen Ober-Justizrath Reichard, um die Veröffentlichung folgender Zuschrift ersucht: „Die Notiz des „Vokal-Anzeigers“, daß der Professor Dr. Otto Harnack zu seiner Familie zurückgekehrt ist, ist leider völlig un begründet und dient — ob absichtlich oder infolge eines Irrthums — nur dazu, die Ermittlungen über den Verbleib des noch Vermissten zu vereiteln oder doch zu erschweren.“ Die Familie des Professors Otto Harnack hat auch am Dienstag wieder alles aufgegeben, um den Aufenthalt des Verjährenden zu ermitteln. Auf ihre Veranlassung ist der Biergarten polizeilich zum zweiten Male abgesucht worden, und drei Fächer haben in Gegenwart eines Schwagers Harnack's den Landwehrkanal ohne ein positives Resultat untersucht. Prof. Harnack, der schon früher in Rom lebte und auch erst vor kurzem mit seiner jungen Frau von der Hochzeitsreise aus Italien zurückkehrte, hat in den letzten Tagen seines Hierseins beständig geklagt, es fehle ihm die südliche Sonne, er könne den nördlichen Himmel nicht ertragen und sehne sich nach dem Süden. Nach Meinung seines Bruders, welcher als Professor der Medizin in Halle a. S. wirkt und hierher kam, dürfte der Verjährende, welcher außerordentlich nichtern lebte, keinerlei Passion hatte und auch niemals rauchte, durch den Weingenuß und den Aufenthalt im rauchigen Zimmer während der Gesellschaft in der Wokstraße derartig geistig erregt worden sein, daß er der Sehnsucht nach Italien nicht mehr zu widerstehen vermochte. Ein Schaffner der Anhalter Bahn hat dem auch angezeigt, daß am Abend des 30. Dezember etwa zwei Minuten vor Abgang des um 11 Uhr 48 Minuten nach München fahrenden Zuges auf dem Anhalter Bahnhof ein sehr erregter Herr erschienen und schnell in einen Schlafwagen-Abtheil 1. Klasse gesprungen ist. Diese Last stimmt mit Harnack's Wesen überein, und man glaubt, daß er es war. Jedenfalls hat man die Polizei in der bayerischen Hauptstadt sofort um Ermittlungen ersucht.

**Die Verhandlung gegen Gustav Landauer und Franz Hubert** wegen Verleumdung des Eberfelder Polizeikommissars Gottschall in Sachen Viehcn findet am 11. Januar d. J. vor dem Berliner Landgericht statt. Der Strafantrag ist gestellt von Seiten Gottschall's und von Seiten des Regierungspräsidenten von Hofen. Als einziger Zeuge ist von der Staatsanwaltschaft der Kommissar Gottschall geladen.

**Ganz unhaltbare Zustände** treten bei dem augenblicklich herrschenden Schneewetter wieder in dem zwischen den „Linden“ und der Behrenstraße liegenden Engpaß der Charlottestraße zu Tage. Der Fahrweg ist hier nämlich noch immer mit dem alten Holzpflaster bedeckt, das sich zur Zeit in einer geradezu jämmerlichen Verfassung befindet. Ueberall haben sich die Senkungen gebildet, aus denen infolge des hier sehr lebhaften Wagenverkehrs unersichtlich große Schmutzmassen emporspritzen und die Passanten und Reiter der Häuser, sowie die Fußgänger über und über beschmutzen. Bis zu den Fenstern der ersten Etage werden oft Schmutztheile emporgeschleudert, so daß der untere Theil der Facaden einen überaus häßlichen Anblick darbietet. In dem Engpaß der Friedrichstraße ist diese Nothlage dadurch ganz bedeutend gemildert worden, daß im vorigen Jahre der Fahrweg hier theils asphaltirt, theils mit einem sehr festen Gelpflaster neuesten Systems versehen worden ist.

**Die Schauspielerin Alice Richmond** aus Berlin, die sich am 14. Dezember in Wittenberg eine Kugel durch die Brust schoß, ist in der Reifejahrsnacht im dortigen städtischen Krankenhaus gestorben.

**Das Polizeipräsidium** heißt mit: Nach einer Herber gelangten Mitteilung des Großherzoglich Hessischen Polizei-Amtes zu Darmstadt befindet sich dortselbst ein Bahndeamter in Untersuchungshaft, der nach seinem eigenen Geständniß eine große Zahl von Diebstählen an solchem Passagiergut ausgeführt hat, dessen Bewachung im Nachwagen auf den Strecken Frankfurt a. M. und Heidelberg-Darmstadt ihm übertragen war. Da bei einer Durchsichtung eine große Menge gestohlener Gegenstände vorgefunden ist, von denen bisher nur wenige relognosirt sind, werden alle diejenigen Personen, welche gelegentlich einer Fahrt auf oben erwähnten Strecken Sachen aus ihrem Gepäck vermisst haben, aufgefordert, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr Einsicht in die auf Zimmer 36 des Polizeipräsidiums anliegenden Verzeichnisse zu nehmen.

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich gestern Vormittag gegen 1/12 Uhr unmittelbar vor dem Hauptportal des Moabiters Kriminalgerichts. Ein alter würdiger Herr hatte soden das Gerichtsgebäude verlassen und steuerte hier über die Straße der Löwenbrücke zu, da bog zu gleicher Zeit ein schwerer Getreidewagen der Getreidehandlung Johann Steiling in der Liebenwalderstr. 46 von der Straße Alt-Moabit in die Rathenowerstraße hinein und ehe der Aufsicht sein „Heh, heh!“ rufen und der alte Herr sehen konnte, woher der Auf kam, da hatte die Spitze der Deichselstange ihn bereits umgestoßen, und ehe der Aufsicht den schweren Wagen zum Stehen bringen konnte, war das Unglück geschehen: die Vorderräder des Wagens gingen dem Herrn über beide Schenkelbeine und zermalnten sie. Der Verletzte wurde in bewußtlosem Zustande durch einen Schutzmänn nach der Charité gebracht, wo es zunächst unmöglich war, seine Verwundungen festzustellen. Nur anderweitig konnte ermittelt werden, daß der Verunglückte im Hause Wredowstr. 3 wohnen soll.

**Vier Korrigenden** aus der Anstalt Johannesstift an der Denselstraße, Jungen im Alter von 15 und 16 Jahren, waren in der Nacht zum Dienstag entwichen, um zu Fuß nach Homburg zu gehen, von wo sie nach Amerika zu gelangen versuchten wollten. Um sich in der nächtlichen Dunkelheit zurechtzufinden, hatten sie eine Laterne mitgenommen. Weiter besaßen sie aber nichts außer ihrer dürftigen Bekleidung. Am Dienstag wurden sie auf dem Wege nach Homburg von einem Gendarm angehalten, der die Verurtheilten festnahm, die inzwischen von einem Anstaltswärter auch bereits abgeholt worden sind.

**Ein etwas sonderbarer Ueberfall** wird aus dem Osten der Stadt gemeldet. In der Friedrichsfelderstr. 42, in der Nähe des Ostbahnhofs, wohnt seit zwei Monaten das Schlosser Viktor'sche Ehepaar im Erdgeschoß des Vorderhauses. Der Mann ist erst 22, die Frau dagegen, eine geborene Gnejen, früher Dienstmädchen, schon 30 Jahre alt. Gestern Morgen um 6 1/2 Uhr verließ Viktor die Wohnung, um seine Arbeitsstelle in der Friedrichstraße aufzusuchen. Um 7 Uhr sah seine Frau ein Fenster an der Straße auf und hörte um Hilfe, Nachbarn und Polizeibeamte eilen herbei und fanden die Frau in der nicht verschlossenen Wohnung in einer großen Aufregung. Sie gab an, es habe mehrfach geklingelt, während sie sich in der Küche befunden habe. Sie habe geglaubt, es sei die Zeitungsfrau, und geöffnet. In demselben Augenblick aber habe sie vom dunklen Hause her einen Schlag über den Hinterkopf erhalten und sei zusammengebrochen. Wieder zu sich gekommen, sei sie ans Fenster geeilt und habe auf die Straße hinaus um Hilfe gerufen. Die Untersuchung ergab, daß die Frau eine leichte Verletzung an der linken Seite des Hinterkopfes hat. Ob diese aber wirklich von einem Schläge herrührt, erscheint noch sehr fraglich. Frau Viktor glaubte erst, daß sie mit einem Messer verletzt worden sei. Dann sprach sie von einem Schläge mit einem stumpfen Werkzeug und endlich von einem Fausthieb. Wer der Schläger gewesen sein soll, will sie nicht wissen, nicht einmal ob es

ein Mann oder eine Frau war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verletzung von einem Falle herrührt, der Ueberfall jedoch auf einer Wahnvorstellung beruht.

**Vergiftet** hat sich der 25jährige Doktor der Medizin Friedrich Pehold an Doberan in einem Gasthause in der Wädernstraße.

**Selbstmord.** Gestern wurde in einer Gastwirthschaft in der Wädernstraße ein Student, welcher dort am vorhergehenden Tage abgeblieben war, todt aufgefunden. Er hatte sich vergiftet. Jerräthete Vermögensverhältnisse und Furcht vor einem Examen scheinen die Veranlassung zu dem Selbstmorde gewesen zu sein.

**Der Bau der neuen Brücke** über den Landwehrkanal im Zuge der Grünauerstraße nach der Reuterstraße in Rixdorf, welcher sich so unliebsam lange verzögert hat, soll nunmehr in diesem Monat in Angriff genommen werden. Durch diese Brücke wird eine wichtige Verkehrsverbindung des Südostens Berlins mit Rixdorf geschaffen und die Anlegung eines zweiten Kottbuser Damms ermöglicht.

**Das felseue Fest der „Eisernen Hochzeit“** feiern am Sonntag, den 8. d. M., die Buchbinder Kitz'schen Eheleute in der Reuterstr. 156. An diesem Tage sind die alten Leute, von denen der Vater 88, die Frau 86 Jahre alt ist, 65 Jahre verheiratet. Das greise Paar, dessen Kinder sämmtlich gestorben sind, lebt von seiner Hände Arbeit und fristet kümmerlich sein Leben. Ein Komitee, dessen Vorsitzender der Rabbiner Herr Dr. E. Stein hier, Kronprinzenstraße 29, ist, hat sich gebildet, um dem Jubelpaar an seinem Ehrentage durch ein Geldgeschenk eine Freude bereiten zu können.

**Feuerbericht.** Dienstag Abend explodirte Duigowstr. 50 eine Gasüberlampe, ohne jedoch wesentlichen Schaden zu verursachen. Gardinenbrände waren Oranienburgerstr. 84 und Prenz-Lauer Allee 289 abzulösen, während Frankfurter Allee Nr. 103 der Brand eines Bettes beseitigt werden mußte.

**Die Eröffnung und Einweihung des neuen Beethoven-Saales** der Philharmonie erfolgte am 2. und 3. Januar. Am ersten Abend wurden unter Leitung des Kapellmeisters Meibedel nur Kompositionen von Beethoven zu Gehör gebracht, während am zweiten Abend auch Werke anderer Meister gespielt wurden. Es wirkten an den Konzerten mit der Philharmonische Chor unter Leitung des Kapellmeisters OHS und das berühmte Joachimquartett. Der neue Saal ist in italienischer Renaissance gebaut; besondere Beachtung findet ein Deckengemälde, das die Guldigung Beethoven's darstellt.

**Die Lehrkurse der Urania** (Laudenstraße), von welchen der erste bereits im Laufe dieses Winters beginnt, umfassen: Experimentellphysik (Dr. P. Spies), 10 Vorträge, Donnerstags, am 12. Januar beginnend. — Experimentellchemie (Dr. Kahl), 10 Vorträge, Dienstags, am 10. Januar beginnend. — Biologie (Prof. Dr. Müller), 10 Vorträge, Mittwoch, am 18. Januar beginnend. — Erdgeschichte (Dr. P. Schönlank), 6 Vorträge, Freitags, am 17. Februar beginnend. — Völkereunde (Dr. A. Heiborn), 6 Vorträge, Freitags, am 6. Januar beginnend. — Jeun Einzelvorträge von Geheimrath Prof. Hoerster, Franz Goerte, Prof. Strahlhoff-Polle, Prof. Ruppel-Braunschweig und anderen, Sonnabends, am 7. Januar beginnend. — Ausfährliche Besuche sind an der Kasse (Laudenstraße) zu haben, oder werden auf Wunsch zugesandt.

**Volkshilfliche Kurse von Berliner Hochschullehrern.** Die zweite Serie der volkshilflichen Kurse findet im Januar und Februar statt. Es werden 6 Vortragskurse von je 6 Abenden abgehalten werden. Die Vorträge beginnen um 8 1/2 Uhr Abends und sind für Männer und Frauen zugänglich. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den Kursum, sowie ausfährliche Programme sind bei Herrn Georg Velling, Rigarenhandlung, Leipzigerstr. 185; H. Mund, Rigarenhandlung, N.W., Friedrichstr. 92a, Ede der Dorotheenstraße; A. Schatz, Rentant, O. Holzmarktstraße 20 (10-1, 4-6 Uhr); Chr. Richenbörfer, C. Sophienstr. 19, Hof II (9-1 und 3-6 Uhr); Trautwein'sche Buchhandlung, Leipzigerstraße 8; Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W. Köthenerstr. 23 (8-3 Uhr) zu haben.

**Die Direction des Passage-Panoptikums** hat in diesem Monat ein so buntes Programm zusammengestellt, wie es in Anstaltsinstitutionen dieser Art wohl selten dagewesen sein dürfte. In den Varietés-Vorführungen wird als hervorragendste Erscheinung die französische „Dienste“ Adrienne Gaston bezeichnet. Die Dame nennt sich „einzige Aivalin der Pyette Gullbert“. Mit dem Kopiren berühmter Künstler ist es eine eigene Sache, und wer in solchen Dingen Verth auf die Nachahmung kleiner Künstlerleistungen legt, der läuft Gefahr, daß er das Wesen seines Vorbildes unglücklich verzerrt. Von Adrienne Gaston läßt sich sagen, daß schon ihre äußere Erscheinung kaum den Gedanken an die Pariserin zuläßt; dort eine seit langem ausgereifte Frau und hier ein Weib in der Blüthe ihrer Jahre, die im weiteren Gegensatz zu ihrem Vorbilde mit sympathischer Akustik singt. Die Dame trägt die Chansons der Gullbert vor; das ist aber auch so ziemlich Alles. Die Art des Vortrages bleibt hier durchaus selbständig, und so ist dem wohl anzunehmen, daß Frau Gaston sich bald völlig auf eigene Füße stellen wird. — Weiter fällt im Programm die Soubrette Ariola Kleitka durch temperamentvollen Vortrag und was bei der Dedication diesem Gebiete immerhin von Belang ist, durch ihre geschulte Stimme auf; ingleichen verdient ein Langtrio „Die Papillons“ und die Handequilibristen Salda und Manja Anerkennung.

In einem neu eingerichteten „Vollersaal“ befindet sich eine afrikanische Truppe. Die mit Weib und Kind wohl an 40 Personen ausweichende Schar bezieht sich als „Krieger des Mahdi“ und führt ihre Kampfspiele und Tänze mit afrikanischer Wildheit auf.

**Theater.** Im Deutschen Theater ist die erste Aufführung von Sudermann's „Drei Reiterkinder“ auf den 21. Januar verschoben worden; am gleichen Tage geht das Werk aus an den Hoftheatern in Dresden und Stuttgart in Szene. Das Deutsche Theater denkt an weiteren Novitäten in dieser Spielzeit noch herauszubringen: „Pauline“, eine Berliner Komödie von Georg Hirschfeld; zwei Verhältnisse von Hugo v. Hofmannsthal, sowie das Schauspiel „Hans“ von Max Drever und die einaktige Komödie „Ritterberg“ von Stefan Sacano. Zwei weitere Novitäten, die beiden Lustspiele: „Ein glückliches Paar“ von Hermann Faber und „Der Metzgerknecht“ von Wilhelm Meyer-Hörster müßten auf die nächste Spielzeit verschoben werden; — Im Schiller-Theater wird heute die Willen'sche Gelangsdoppe „Ehrliche Arbeit“ wiederholt. Bei dieser Gelegenheit wird die Rolle der Margarethe zum ersten Mal von Grete Meyer dargestellt werden. Sonntag Nachmittags findet die 6. Vorstellung im Schiller-Theater „Maria Stuart“ statt. — Am dem „Geistlich-Rathenabend“, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 8. Januar Abends im Bürgerkaule des Rathhauses veranstaltet, werden Frau Ede Moth-Schoch und die Herren Kammerjänger Eduard Fehler und Fritz Grunfeld mitwirken.

### Aus den Nachbarorten.

**In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** erfolgte gestern (Mittwoch) Abend die Einführung der neugewählten Mitglieder Eismann und Quittmann. In Vertretung des Bürgermeisters vertrittete sie Stadtsyndikus Schulte durch Handschlag auf ihr neues Amt. Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Jaffe begrüßte die Neueingetretenen namens der Versammlung. Hierauf folgte die Renwahl des Vorstandes. Bei der Wahl des Vorsitzers erhielt der bisherige Vorsitz Dr. Jaffe 36 Stimmen, der bisherige Stellvertreter des Vorsitzers, Direktor Ströbeler 8 Stimmen; unbeschrieben waren 11 Jettel. Dr. Jaffe ist somit zum Vorsitz der Stadtverordneten-Versammlung für das neue Jahr wiedergewählt. Bei der Wahl des Stellvertreters wurden 56 Stimmen abgegeben. Der bisherige Stellvertreter Eisenbahndirektor Ströbeler erhielt 43 Stimmen, Stadtverordneter Böllmer 1 Stimme, 12 Jettel waren unbeschrieben. Direktor Ströbeler ist somit wiedergewählt. Zu Weisungen wurden die Stadtverordneten Känken mit 35 und Hubatsch mit 34 Stimmen gewählt. Sämmtliche Gewählte nahmen die Wahl an. Es erfolgte hierauf die Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahlen verschiedener Gemeinbedeuten sowie des Rechnungs-Revisions-Ausschusses, ferner die Erneuerung der Wahl der Mitglieder einer Reihe von Ausschüssen der Versammlung. Darunter befinden sich die Ausschüsse zur Vorbereitung der Geschäftsordnung, der Wahl eines Stadtschulraths, der Vorlage betr.

den Abgabemarf für die städtischen Köch- und Ladestellen, der Vorlage betr. die Abänderung der Umfassung-Ordnung, die Vorlage betr. die Vergebung der Reifeleistungen für die Straßenreinigung, die Parkverwaltung und die Feuerwehre, die Vorlage betr. den Bau der Kunstgewerbe- und Handwerkerhülle sowie den Bau einer Gemeinde-Doppelschule. Zum Schluß erfolgte die Festsetzung der Sitzungstage für das erste Halbjahr 1899.

**Die Ergebnisse einer Volkszählung**, die noch nicht drei Monate alt ist, veröffentlicht soeben das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg. Es ist dies die Personenstands-Aufnahme vom 27. Oktober 1898. Die Personenstands-Aufnahme steht nach den früheren Erfahrungen jetzt um etwa 3 pCt. hinter der Wirklichkeit zurück. Das Ergebnis entspricht dem ungefähr der durch Fortschreibung ermittelten und gleichzeitig jetzt vom Statistischen Amt veröffentlichten Bevölkerungszahl vom Ende Oktober mit 173 585. Es bedeutet dies eine Zunahme von nur 6,19 pCt. gegen das Vorjahr. Von 1896 auf 1897 hatte die Zunahme noch 9,13 pCt., von 1895 auf 1896 sogar noch 13,13 pCt. betragen. Es zeigt sich also, daß in der Entwicklung Charlottenburgs allmählich ein gewisser Stillstand eintritt. Die größte Zunahme zeigt im letzten Jahre die Gegend im Süden der Lebnitz-, Wieland-, Schiller- und Weidestraße, also beim Savignypolze. Die Zahl der Grundstücke Charlottenburgs betrug am 27. Oktober 1898 3012, ein Jahr vorher 2924. Haushaltungen zählt Charlottenburg 40 568 gegen 38 133 im Jahre 1897. Die Militärbesoldung der Reichswehr ist von 2480 im Jahre 1897 auf 2600 am 27. Oktober 1898 gestiegen.

**Aus Rixdorf.** Ein lebhafter Krieg wurde bis vor Kurzem in unserem Orte in der Schul-Vrausebaderfrage geführt. Die Gegner dieser familiären Einrichtung benutzten jede Gelegenheit, in Versammlungen und Vereinsitzungen die Vrausebäder als den Anfang vom Ende unserer Gemeinde hinzustellen, weil der Antrag auf Einrichtung dieser Bäder eben von den — bösen Sozialdemokraten kam. Jetzt sind die Gegner der Vrausebäder auf einmal furchtbar still und schweigsam geworden, denn — o Schreck! — das Provinzial-Kollegium hat den Wunsch ausgesprochen, daß in der zu erbauenden Rixdorfer Realschule — Vrausebäder vorgeesehen werden sollen. Nun sind gerade die eifrigsten Verfechter der Realschule die heftigsten Gegner der Vrausebäder für die Volksschule gewesen, da kann man sich denken, wie diesen Herren jetzt zu Muth ist. Die Sozialdemokraten haben eben wieder einmal ein billiges Amälament! — Ob Rixdorf am 1. April d. J. die Stadtrechte erlangen wird, ist wieder zweifelhaft geworden, da die nächste Tagung des Provinzial-Landtags, der vorerst seine Genehmigung zu erteilen hat, bisher noch nicht anberaumt worden ist. Die hiesige Gemeindeverwaltung läßt aber bereits die Wahlerlisten für die Stadtverordnetenwahlen aufstellen, auch werden alle sonstigen Vorbereitungen zur Einführung der städtischen Verfassung bereits getroffen, sobald nach erfolgter Genehmigung sofort die Verordnungen der Dorf- in eine Stadtgemeinde erfolgen kann. — Die Pferdebahnlinie Moabit-Rixdorf (Hermannsplatz) soll demnächst durch die Verlängerung, Berg-, Senefelder- und Herthastraße bis zur Hermannsstraße fortgeführt und sobald der neue Gemeinde-Vergänlichkeitsplan am Mariendorfer Weg angelegt sein wird, bis zu diesem ausgedehnt werden.

**Wie heutzutage gebaut wird**, das kann man gegenwärtig mit Staunen und mit Grauen auf den A. D. N. in Wiesen in Rixdorf, in der sogenannten Panzerstraße beobachten. Dieses „Untergrund“, welches zum weitest größten Theile Eigenthum der Rixdorfer Terrain-Gesellschaft ist, sieht nämlich völlig unter Wasser. Um „Vaugrund“ zu gewinnen, werden Pfahlbauten errichtet und das Wasser durch Verfenken von mit Steinen angefüllten Kästen verdrängt. Auf dem also gewonnenen, dem Wasser abgerungenen Baugrunde werden dann Wohnhäuser errichtet, die in hygienischer Hinsicht nichts weniger wie alles zu wünschen übrig lassen, wie ein bereits im Rohbau fertiggestelltes Haus erkennen läßt, welches rundum mit Grundwasser umgeben ist. Dazu kommt, daß das verdrängte Wasser in gleicher Höhe mit dem Straßenniveau steht, sich mit dem dort abgelagerten Urath verbindet und nun einen Morastsumpf bildet, welcher insbesondere im Sommer einen Pestherd abgeben dürfte.

**Der Magistrat von Spandau** hat dem Reichstage auf neue eine Petition zugehen lassen wegen Erlass eines Reichsgesetzes, betreffend die Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindefiskalen. Bereits im Jahre 1894 war dem Reichstage eine solche Petition zugegangen, welche am 2. Mai 1895 im Plenum zur Verhandlung gelangte. Es wurde damals beschlossen, diese Petition dem Reichskanzler zur Verlesung zu überweisen. Am 21. November 1896 beschied der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts den Magistrat zu Spandau dahin, daß eine Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften wegen Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindefiskalen für die nächste Zeit noch nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Es handelt sich um folgende 10 unter königlicher Verwaltung stehender militärischer Institute, welche zu den Gemeindefiskalen bisher nicht herangezogen werden konnten: das Feuerwerk-Depotatorium, die Gewehrfabrik, die Munitionsfabrik, die Pulverfabrik, die Artilleriewerkstatt, die Geschützfabrik, die Geschützwerkstatt, die Gasanstalt, die neue Pulverfabrik und die Armeekonservenfabrik; letztere beiden in dem Ortsbezirk Hahnenhorst belegen.

In diesen Betrieben, soweit sie im Stadtbezirk Spandau belegen sind, werden gegenwärtig 10 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.

In der Begründung der Petition wird folgendes hervorgehoben: „An Kommunalsteuerzuschlag wurden 1897 erhoben 180 pCt. Das gesammte Kommunalsteuerjoll 1897 betrug 847 402 M.; davon entfielen auf die Arbeiter der königl. Fabriken zusammen 98 758,08 M. — 23,48 pCt. — Die bei den königl. Betrieben angestellten Beamten zahlen nur von der Hälfte ihres Gehaltes Gemeindefiskalsteuer und die hieselbst kommandirten Offiziere eine noch geringere Gemeindefiskalsteuer. Von allen in Spandau wohnenden Offizieren sind im Etatsjahr 1897 nur 8880 M. Gemeindefiskalsteuer aufkommen.“

So, nicht bloß der Stadt, auch dem Staate — so heißt es in der Petition — wird die Steuerkraft dadurch entzogen, daß den in den einzelnen Instituten vorhandenen Kantinenwirthin die Verpflegung auferlegt wird, für jede Tonne Bier, für 100 Pfaffen Bier, für 100 Liter Nordhäuser, für 100 Liter Korn, welche auf der Kantine ausgeschänkt werden, einen bestimmten Betrag an die Direction zu entrichten. So weit dem Magistrat bekannt geworden, hat im Etatsjahr 1897 der Kantinenwirth der Geschützfabrik 6344 M., der Gewehrfabrik 4845 M., der Munitionsfabrik 3244 M. an die Direction abgeben müssen. — Es giebt keine Möglichkeit, auch diese Beträge zur Steuer heranzuziehen.“

**Eine empfindliche Störung im Telephon- und Telegraphenverkehr** zwischen Berlin und Spandau und darüber hinaus trat am Neujahrstage ein, weil von den die Charlottenburger Chaussee entlang führenden Leitungen in der Gegend von Ruhleben in der Nacht vorher 11 Drähte böswillig geschnitten worden waren. Ueber die Thäterthat ist bisher nichts ermittelt worden.

**Auf offener Straße** verurtheilt wurde gestern ein Pcl. v. Kirns aus der Berlinerstr. 40 zu Charlottenburg. Sie hatte zu Weibnachten von ihrer Mutter eine kleine Stahluhr geschenkt erhalten und wollte diese gestern Vormittag um 11 Uhr, auf der Straße stehend, am Bahnhof Thiergarten einmal mit der Wahnwitz vergleichen. Da trat ein junger Bursche von 13-14 Jahren auf sie zu und rief ihr blühend die Uhr weg. Nur die Scham mit dem Ringe behielt sie in der Hand. Die Verurtheilte rief um Hilfe, und da der Mörder einen Schutzmänn in der Nähe sah, so warf er die Urtheilte wieder von sich, eilte zum Bahnhofe hinaus und fuhr, bevor man ihn fassen konnte, mit einem Stadtbahnzuge nach Berlin.

**Der Spreemüel bei Stralau** wird, wie nunmehr feststeht, Ende dieses Monats befabren werden; die Eröffnung der ganzen Stralauerbahnlinie Schleifener Bahnhof-Preyow ist für 1. Mai 1899 angesetzt, die Weiterführung nach Niederschöneweide ist jedoch überhaupt noch nicht endgiltig beschlossen.



Infolge des vorgekommenen Falles von schwarzen Boden auf dem Auswanderer-Bahnhof in Ruhleben bei Spandau ist dieser für den öffentlichen Verkehr vollständig gesperrt, auch sind sämtliche auf diesem Bahnhofe beschäftigte Personen durch den Kreisphysikus in Spandau, welchem die sanitäre Aufsichtung unterliegt, mit Pockenimpfung geimpft worden.

Eine neue große Verkehrsfrage, welche Friedenau und Schöneberg direkt mit der Enden verbindet, soll in kürzester Frist angelegt werden. Der Schöneberger Magistrat hat bereits der vorigen Stadtverordneten-Versammlung die Pläne zugehen lassen und sie erucht, dem Bau- und Straßenbauplan der als sehr dringlich bezeichneten Vorlage möglichst bald zuzustimmen. Die projektirte Straße wird eine der wichtigsten Verkehrsadern in der südwestlichen Umgebung Berlins werden. Die neue Straße geht vom sogenannten Friedenauer Ortsteil von Schöneberg aus und liegt östlich der Wannsee- und der neuen Friedenauer Brücke im Zuge der Saar- und Biederstraße und verläuft fast in gleicher Richtung wie die Steglitzer Grenze bis zur Rudowstraße. Ueber diese hinaus ist eine Verlängerung bis zur neuangelegten Unterführung am Ende des Biederweges geplant. Durch die erwähnte Straßenanlage wird eine nahezu geradlinige Verbindung zwischen dem Mittelpunkt von Friedenau und der Villenkolonie Südende geschaffen.

Wegen der durch die Mieselfelder bei Gatow und Karolinenhöhe verursachten Schädigungen drohen der Stadt Charlottenburg neue Prozesse. Die Verursachungen von bisher fruchtlosen Klagen, die durch Abflüsse von den höher gelegenen Mieselfeldern entstehen, greifen immer weiter um sich, so daß auch die Nieder des Gutes Amalienhof und der Gemeinde Staaken bereits in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Besitzer und Wächter haben sich mit Ansprüchen auf Entschädigung an den Magistrat von Charlottenburg gewandt. Eine Einigung ist nicht erzielt worden, so daß es auch in diesen neuen Fällen zu gerichtlichen Klagen kommen wird.

Eisenbahn Neimickendorf-Liebenwalde. In den letzten Tagen des alten Jahres sind, wie das „Niederr. Kreisbl.“ meldet, die Verhandlungen über den Bau der Eisenbahn von Neimickendorf-Rosenwalde nach Groß-Schönbeud und Liebenwalde zum Abschluß gekommen. Der Wettbewerb mehrerer Unternehmer hat zur Folge gehabt, daß das Baukapital um 110 000 M. und der Zinssatz der bevorzugten Aktien von 4 auf 3 1/2 pCt. erniedrigt worden sind. Die Finanzierung wird durch die Berliner Bank erfolgen, und der Unternehmer bei günstiger Witterung sogleich mit den Vorarbeiten beginnen.

### Gerihts-Beitung.

Quersprüngelei. Eine Forderung auf Pistolen erhielt eines Tages der in Niedersalzbrunn wohnende praktische Arzt Dr. Oliviero unter eigenartigen Umständen. Als sein Kollege Dr. Pohl abwesend war, erkrankte dessen Dienstmädchen und mußte sich deshalb von Dr. Oliviero behandeln lassen. Nach seiner Rückkehr überbrachte Dr. Pohl dem Dr. Oliviero einen Pfundmarktschein als Honorar für die Behandlung seines Dienstmädchens. Schließend schrieb Dr. O. dem Dr. P., er erkläre in der Ueberreichung der 5 M. eine Verletzung des ärztlichen Anstandes. Dr. P. beauftragte nun den Major a. D. Ernst Furbach in Obersalzbrunn, dem Dr. O. eine Forderung auf Pistolen zu überbringen, falls der Brief nicht widerrufen. Dr. O. erklärte sich zum Widerruf bereit, falls Dr. P. erkläre, daß er ihm durch die Ueberreichung der 5 M. nicht habe beleidigen wollen. Dies lehnte Dr. P. ab und Herr Furbach wiederholte die Forderung auf Pistolen. Dr. O. lehnte es aber ab, sich mit dem Kollegen zu schießen. Dr. P. ist wegen Herausforderung zum Zweikampf rechtskräftig verurtheilt worden. Auch Major Furbach wurde zur Verantwortung gezogen, und die Strafkammer beim Amtsgericht Waldenburg verurtheilte ihn am 25. Oktober v. J. wegen Kartelltragens zu drei Tagen Gefängniß. — Seine Revision kam gestern vor dem Reichsgerichte zu Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt beim Reichsgerichte Dr. Scheerer, suchte darzulegen, daß dem Angeklagten zu Unrecht der Schwur des § 209 (Kartellträger), welche ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern, (und straflos) nicht zu theil geworden sei. Herr Furbach sei allerdings nicht in die Lage gekommen, den Zweikampf zu verhindern resp. Versuche in dieser Richtung zu unternehmen, da Dr. O. sofort die Herausforderung abgelehnt habe. — Der Reichsanwalt verwies demgegenüber auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts, wonach der § 209 auch Fälle wie der vorliegende keine Anwendung finden könne. — Das Reichsgericht erkannte im Einklange hiermit auf Verwerfung der Revision.

Auf abschließiger Bahn befindet sich der Premier-Kentenant a. D. Arthur Mittelberg, der gestern aus der Untersuchungshaft vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I geführt wurde, um sich wegen versuchter Erpressung und Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte ernährte sich, nachdem er in seiner militärischen Karriere Schiffbruch gelitten, durch Vermittlungsgehalte und scheint sich finanziell dabei nicht schlecht zu fügen. Er hatte vor etwa fünf Jahren eine damals 17jährige Chantant-Sängerin zu sich genommen, die er, wie er behauptete, sich zu seiner vereinstigten Frau „erziehen“ wollte, obwohl er mit seiner ersten Frau trübe Erfahrungen gemacht hatte. Dieses junge Mädchen ist indirekt die Ursache zu dem bedenklichen Schritt geworden, der den Angeklagten jetzt auf die Anklagebank brachte. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt, aus der Urtheilsbegründung ergab sich aber folgendes: Ein Gutbefehl hatte die junge Sängerin bei wiederholtem Aufenthalt in Berlin kennen gelernt und war zu ihr in nähere Beziehungen getreten, die jedoch, wie beide versichern, sich in den Grenzen äußerster freundschaftlichen Verkehrs gehalten haben. Der Angeklagte machte diesen Verkehr aber zum Ausgangspunkt von Geldforderungen, die er dem verheirateten Gutbefehl brieflich unterbreitete. Er bezeichnete in den Briefen die Handlungswiese für eine eheliche und machte ihm in beleidigender Weise Vorwürfe darüber, daß er ihm seine Seelenruhe geraubt, seinen häuslichen Frieden gestört habe u. s. w. Er habe die feste Absicht gehabt, das Mädchen zu heirathen, dies sei ihm nun aber durch die Schuld des Gutbefehlers unmöglich gemacht worden und so verlange er denn von diesem die Summe von 18 000 M. als Erlaß für die Aufwendungen, die er im Laufe der Jahre für das Mädchen gemacht habe. Da diese Geldforderung in drohender Form gestellt wurde, so erlittete der Adressat die Strafanzeige. — Staatsanwalt Stachow hielt alle Thatbestandsmerkmale der versuchten Erpressung für vorliegend. Der Angeklagte habe garnicht daran gedacht, das Mädchen zu heirathen, er habe diese Behauptung nur aufgestellt, um daraufhin den rechtswidrigen Vermögensvortheil zu erstreben. Er beantragte mit Rücksicht auf die eheliche Handlungswiese des Angeklagten 1 1/2 Jahre Gefängniß. Rechtsanwält Bronner vertrat den Standpunkt, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe und eventuell die Strafe viel zu hoch sei. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust.

Vom Ausnahmegegese gegen das „Gesinde“. Der landwirtschaftliche Arbeiter Kommer wurde wegen Verweigerung des Dienstes in zwei Fällen zu Geldstrafen verurtheilt. Er hatte das eine Mal seinen Dienst wegen Krankheit nicht verrichten können und war in dem anderen Falle nicht zu Arbeit erschienen. Nachdem auch das Landgericht zu seinen Ungunsten erkannt hatte, legte P. beim Kammergericht Revision ein. Sein Vertreter machte zur Begründung des Rechtsmittels geltend, daß eine Verurteilung auf Grund des Gesetzes über die Dienstvergehen der landlichen Arbeiter und des Gesindes nur bei einer direkten und ausdrücklichen Dienstverweigerung erfolgen könne. Eine derartige Verweigerung liege nicht vor. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit der Begründung,

strafbar im Sinne des angeführten Gesetzes sei auch der landliche Arbeiter, der ohne ausdrückliche Weigerung den Dienst hat verlassen.

Einen schweren Verstoß gegen Treu und Glauben hat die verheiratete Geschäftsfrau Elisabeth Ehrle in Schöneberg begangen, die sich gestern wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung vor der II. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatte. Die Angeklagte entnahm bei dem Möbelhändler Brandt in Berlin ein Meublement für 6000 M. auf Leihvertrag, wofür sie Wechsel bergab. Gleich im Monat September, verpfändete sie das Mobiliar für 1200 M. bei einem anderen Händler. Dieser wollte vor Abschluß des Geschäfts Beweise dafür sehen, daß Frau Ehrle rechtmäßige Besitzerin der Möbel sei, diese brachte ihm auch die Quittungen über den gegangenen Kaufpreis. Als der erste Wechsel am Verfalltag nicht eingelöst wurde, kam die Unterschlagung an den Tag, gleichzeitig stellte sich aber auch heraus, daß Frau Ehrle die vorgelegten Quittungen gefälscht hatte. Sie gab zu ihrer Verschuldigung an, daß sie sich zu der Verpfändung der Möbel für Entschädigung gehalten, weil sie Wechsel dafür gegeben. Der Gerichtshof sah die Sache im Interesse von Handel und Wandel sehr ernst auf und erkannte auf 6 Monate Gefängniß.

Zentralverband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin.) Heute Abend bei Schiller, Rosenkalerstr. 57: General-Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Anträge des Zentralverbandes zum Verbandstag.

Zentralverein des Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin.) Donnerstag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenkalerstr. 57: Vortrag des Herrn Hofmann über: „Roberte Chen“, Gäste willkommen.

### Vermischtes.

Aus Lübeck wird der „Vossischen Zeitung“ vom 3. Januar berichtet: Nachdem schon in der Neujahrnacht das Wasser der Trabe einen äußerst hohen Stand erreicht hatte, der eine 50 cm Wasserhöhe betrug, trat allmählich nach und nach ein allgemeines Fallen ein. Heute tobt der Sturm, wie drastisch schon gemeldet wurde, aufs neue aus Nordost und treibt das Wasser von See aus in die Trabe, die bereits aus ihren Ufern getreten ist. Am 4. Uhr erreichten die ersten drei Kanonenschiffe, die Anwohner der Trabe auf die drohende Hochwassergefahr aufmerksam machend. Schon nach einer Stunde mußten abermals Kanonenschiffe abgeben werden, da die Gefahr sich abermals steigerte. Im südlichen Stadtheil war das Wasser bereits in die Häuser eingedrungen, so daß dort mit dem Räumen der Parterrezimmer begonnen werden mußte. Ebenso wird mit allen verfügbaren Hilfskräften an der Räumung der am Canal gelegenen Waarenschuppen der Handelskammer gearbeitet. Tropfen hier der Sturm keine nennenswerthe Stärke erreicht hat, so wird doch angelehnt der aus Travemünde alle Stunde hierher gelangenden telephonischen Nachrichten diesmal die Gefahr eines besonders hohen Wasserstandes, der für Lübecks Anwohner der Trabe ungeheuren Schaden im Gefolge hat, befürchtet.

In Gießen hat in der Nacht zu gestern wieder eine bedeutende Erdschütterung stattgefunden, in deren Folge in der oberen Nikolaistraße ein Wasserrohrbruch erfolgt ist. Das Wasser drang, der „Soale-Zeitung“ zufolge, in den Keller des Hauses Nr. 33, dem Tischlermeister Fischer gehörig, und droht das Treppenhaus einzustürzen. Auf polizeiliche Anordnung hat das Haus geräumt werden müssen.

Das Steigen der Adria in Süd-Italien hält an. Es werden viele Schiffsunfälle gemeldet, und auch auf dem Lande richtet der Sturm großen Schaden an. Depeschen aus Livorno, Neapel, Palermo und Porto Maurizio melden heftige Stürme, in deren Folge mehrere Schiffe untergingen. Die Mannschaften wurden, soweit bekannt ist, gerettet.

Schiffsunfall. Nach einer Lloyd's-Depesche aus Padstow (Cornwall) hat der italienische Dampfer „Carnariva“, der von Cardiff nach Genua unterwegs ist, auf der Höhe von Tresco Grund unterworfen. Der Maschinenraum des Schiffes ist voll Wasser. Der Kapitän, der Steuermann und neun Mann der Besatzung sind ertrunken. Die übrige Besatzung ist mittels Rettungsbootes in Newquai angekommen.

Die Fälschung von Bildern hat in Petersburg einen Umfang angenommen, welcher sogar die Existenz der bedeutendsten Galer bedroht. In den verschiedensten Kunsthandlungen mit „beständigen Ausstellungen“ findet man mit der vollen Unterweisung des Künstlers verschiedene Gemälde von Kondratienko, Kiewer, Schafarin, Kondratienko, Sinowjew und andere, welche für 25—30 Rubel verkauft werden. Natürlich sind dies alle Fälschungen niedrigerer Art oder grobe Kopien der wirklichen Meisterwerke, die nur ein ganz ungebildetes Auge für echt halten kann; aber das Publikum sieht beim Kauf meist nur den Namen, und so schmeicheln sich die Salons der russischen Kunstliebhaber, Industriellen u. s. w. mit den Sidelien irgend eines Samierers, welcher einen berühmten Namen auf die Leinwand legt. Der bekannte Galer Kondratienko erzählt, daß er kürzlich in einer vornehmen Kunsthandlung auf dem Newski eine entsetzliche Kopie seines Gemäldes „Eine Nacht in Wachttschawal“, mit seiner vollen Unterschrift signirt, erblickt habe. Er ging in das Geschäft und fragte, von wem das Bild erworben sei. „Von Herrn Kondratienko,“ lautete die Antwort; „er hat es selbst hierher gebracht und es uns billig verkauft, da er Geld brauchte.“ — „Das ist ja aber nicht möglich,“ rief der Künstler, „ich bin ja Kondratienko.“ — „Das kann nicht gut sein,“ meinte man; „damals hat uns ein Anderer das Bild gebracht.“ Dem Künstler blieb nichts übrig, als das Geschäft zu verlassen. Die russischen Künstler erleichtern allerdings durch eine unergiebliche Nachlässigkeit den Fälschern das Handwerk außerordentlich. Sie führen nicht einmal Listen über ihre Bilder, nehmen auch keine Photographien von denselben. Ebenfalls schamlos wie die russischen Künstler werden auch die ausländischen ausbeutet. Man bekommt einen Meissonier für 300 Rubel, einen Koussau für 50 Rubel u. s. w. Zuweilen geben sich auch wirkliche Talente zu Fälschungen her. So ist kürzlich ein Galer am Sauerwajstun gestorben, welcher einst zu hohen Hoffnungen berechtiget hatte. Der schließlich ganz heruntergekommene Künstler hat sich die Manier des Landschaftsmalers Dufa bis zur vollkommenen Imitation angeeignet und malte den Kunsthandlern, welche ihn bei einer Flaße Schnaps bei sich einschloffen, Hunderte von in ihrer Art trefflichen Dufas, die in ganz Rußland zu dem verhältnismäßig theueren Preise von 100 bis 150 Rubel Abfah fanden, während der geschickte Fälscher höchstens 20 Rubel erhalten hatte. Es soll einige Galer von herborragendem Namen geben, welche in ihrem Atelier Dufande von armen, aber talentvollen Leuten beschafften, deren Bilder mit ihrer Signatur versehen, und dann unter der berühmten Flagge in die Welt schickten.

### Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 15. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Eine historische Erinnerung. — Stanislaus Kruskals Anschauungen vom sozialen Organismus. — Kon G. v. Kellen-Kraus. — Die Einmischung der Kunst-Industrie, das Kunst-Symbol und das Kunst-Verweilen. — Von Karl Hoffmann. — Die wachsenden Rechte anderer Grundbesitzer. — Von Otto Hüb. — Notizen: Von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Steuerwesen in Bayern. — Heulleton: Eine soziale Dichterin. — Von Johannes Gaulte.

Von der „Mitschheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 1 des 9. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Nur Topp, nicht Endzeit. — Aus der Bewegung. — Die Frauenfrage im Alterthum. — Von Alth Braun. I. — Heulleton: Die Stimme der Freiheit. — Von J. G. Maday. (Gebl.) — Morgenwanderung. — Von Götter Hüb. — Notizen: Von der Arbeiterbewegung und der Arbeiterinnen. — Soziale Fürsorge für Kinder und Wälder. — Familienrecht. — Frauenbewegung.

Die „Mitschheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in den Reichspost-Zeitungsverzeichnis für 1899 unter Nr. 2039) beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Postgeld 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten. P. G. 25. 1. Nach ganz geringe Kosten. 2. In dasselbe. — G. 25. 1000. Hier unbekannt. — M. 3. 25. 1. Ja. 2. Trodem ist das Kind noch zur Schule zu schicken. — 9999. Welche Rollen. — Geiner. Meyer. Rein. — E. G. Von Verführung kann hier nicht die Rede sein. Wenn der Druckschreiber in Güte nicht zählt, müssen Sie zuvor gegen ihn Klagen. 3. Beistand beim Handgericht. Durch Antrag auf Bewilligung des Armenrechts wird die Verführung nicht unterbrochen, auch nicht durch Klage-Einstellung, sondern erst durch Klage-Zustellung.

Witterungsübersicht vom 4. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand um 7 Uhr	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. in 4 Uhr	Stationen	Barometer stand um 7 Uhr	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. in 4 Uhr
Steinende	762 R	4	Schnee	-1	Haparanda	772 R	NO	3	wolflig	-14	
Hamburg	765 R	1	1016. bed.	-1	Petersburg	760 R	W	3	Regen	12	
Berlin	763 R	3	bedeckt	-1	Sort	760 R	W	3	bedeckt	2	
Wiesbaden	765 R	3	bedeckt	3	Worms	760 R	W	3	bedeckt	4	
München	765 R	3	Schnee	-0	Paris	765 R	W	3	bedeckt	2	
Wien	760 R	3	bedeckt	1							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Januar 1899. Theils heiter, theils wolflig bei mäßigen südlichen Winden, etwas kälterer Nacht und steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Achtung!**  
**Freie Volksbühne.**

**Zur 6. Abtheilung**  
gelangen die Mitgliedskarten vom 6. Januar an für die bereits aufgenommenen Mitglieder zur Ausgabe. Neue Mitglieder werden bei schleuniger Meldung noch in allen Zahlstellen aufgenommen.  
Eintrittsgeld 65 Pf. Beitrag 65 Pf.

Die Vorstellung der 6. Abtheilung ist am **5. Februar, Nachmittag 2 1/2 Uhr:**  
**Wallenstein's Tod.**  
Die Mitglieder werden gebeten, für die 6. Abtheilung Mitglieder zu werben.

II. Abtheilung: Sonntag, 8. Januar: **Wallenstein's Tod.**  
III. Abtheilung: Sonntag, 15. Januar: **Wallenstein's Tod.**

Die Mitglieder der „Freien Volksbühne“ haben zur Sonder-Ausstellung Ribera in der Potsdamerstrasse 20 Zutritt am 15. 22. 29. Januar gegen ein ermäßigtes Entree von 20 Pfennigen.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Arbeiter-Bildungsschule.**

Sonntag, den 8. Januar, Abends 7 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 19/20 (grosser Saal):  
Vortrag des Reichstags-Abg. Wolfgang Heine über:  
Die Schätzung der Persönlichkeit im alten und neuen Recht.  
Nach dem Vortrag: Gemüthl. Beisammensein und Tanz.  
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.

Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, in Keller's grossen Festsaal, Kopenstrasse 29:  
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel.  
Eintritt 10 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Droschkenkutscher!**  
Zwei öffentl. Versammlungen  
der  
**Droschkenkutscher Berlins**

1. am Donnerstag, den 5. Januar cr., Abends 9 Uhr, in Stecher's Festsälen, Andreasstr. 21;  
2. am Freitag, den 6. Januar cr., Abends 9 Uhr, im Saale der „Nordb. Branerei“, Chausseestr. 57.  
Tages-Ordnung:  
1. Das rigorese Vorgehen der Ringfahrherren und welche Stellung haben wir einzunehmen? 2. Diskussion.  
Wir ermahnen die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Kollegen, welche bei dem Bahnherrn Capel in der Wrangelstraße wohnen, sind besonders eingeladen.  
Das Agitationskomitee.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin.)  
Sonntag, den 8. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22—29:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu der Oeffen 1899 in Halle a. S. stattfindenden Generalversammlung. 2. Beschlußfassung über an die Generalversammlung zu richtende Anträge. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Delegirtenwahl.  
Daneb. Mitgledesuch kein Zutritt!  
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandeln. Laut Bescheid soll die Versammlung pünktlich eröffnet werden; wir erwarten daher, daß jeder sich bereithält, zur festgesetzten Zeit zu erscheinen. Zur Verhandlung gelangen wichtige Angelegenheiten. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Am 15. und 20. Januar findet je 1 Uraonia-Vorstellung statt. Zur Kaufung gelangt: „Im Lande der Fjorde, eine Fahrt nach der Winternachts-Donne.“ Alles à 70 Pf. sind im Bureau, Kamenstr. 20, zu haben; sämtliche Kassiere nehmen Bestellungen entgegen. Ebenfalls sind nach Billets à 75 Pf. für die Sternwarte in Trepow erhältlich, welche an beliebigen Tagen benutzt werden können.

Die Bibliothek befindet sich Kamenstr. 39, part., und ist geöffnet von 9—1 Uhr Vormittags und von 4—7 Uhr Nachmittags; Dienstags und Donnerstags von 9—1 Uhr Vormittags und 4—9 Uhr Nachmittags.  
110/1 Die Ortsverwaltung.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, 5. Januar.**  
**Cyberhaus, Der liegende Holländer.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus, Auf der Sonnenseite.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches, Büchmann Gensche.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kessing, Mathias Gollinger.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner, Jaja.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residenz, Manfelle Tourillon.** Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues, Golsung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol, Die kleinen Mädchen.** Hierauf: Die Engländer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller, Erythe Arbeit.** Anfang 8 Uhr.  
**Westen, Wir fliegen.** Die Regiments-tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central, Die Geisha.** Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Enfen, Um's liebe Geld.** Anfang 8 Uhr.  
**Thalia, Mein Leopold.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Selle-Miliane, Preciosa.** Anfang 8 Uhr.  
**Cheud, Der Brandstifter.** Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich, Wilhelmshäufchen.** Aufel Tom's Hüte oder: Schanden-leben in America. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz, Verlorene Mädchen.** Anfang 8 Uhr.  
**Parodie, Emma von Falkenstein.** Die eingemauerte Nonne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Urania, Taubenstraße 48-49.** Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: "Die Urzeit des Menschen".

**Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 8-10 Uhr: Stern-warte, Operntheater.  
**Nyssa, Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen, Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr.  
**Reu-Valast, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Palast, Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.**

**Schiller-Theater (Wagner-Theater).**  
**Donnerstag 8 Uhr: Ehrliche Arbeit.**  
**Freitag 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.** Hierauf: Abu Seid.  
**Sonntag 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.** Hierauf: Abu Seid.

**Opfer-Carl Beiß-Theater, Or. Frankfurterstr. 132.**  
**Samstag 12 Uhr: Wirkliches Wasser! Wirkliches Wasser! Der Brandstifter**  
 Sensationelles Ausstattungsspiel mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Ostrowsky. Musik von V. Fall. Anfang 8 Uhr.  
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
 Dienstag, Mittwoch und folgende Tage: Der Brandstifter. — Sonntag Nachm. 10 Uhr: Wilhelm Tell.  
 Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.

Der Brandstifter ist wohl die sensationellste Novität der ganzen Saison und haben sämtliche Wiederholungen vor ausverkauften Häusern stattgefunden. Der Sturz ins Wasser, der explodierende Dampfkessel rufen jeden Abend Stürmen und großen Beifall hervor.

**Luisen-Theater 34, Reichenergerstraße 34.**  
**Novität! Abends 8 Uhr: Novität! Um's liebe Geld.**  
 Volkstück mit Gesang in vier Akten von Johannes Eißner. Musik von F. Krause.  
 Morgen und folgende Tage: Um's liebe Geld.  
 Jeden Sonnabend Nachm. 3 Uhr: Schiller-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen.

**Central-Theater**  
 Direktion: José Foranczy.  
 Nur noch 2 Vorstellungen.  
**Die Geisha**  
 oder: Eine japanische Theatervorstellung.  
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
 Sonnabend, den 7. Januar, zum ersten Male: Die Puppe (La Poupée). Operette in 3 Akten mit einem Vorspiel von Ordreman u. Sturge. Musik von G. Andron.  
 Morgen und bis inkl. Freitag: Die Geisha. — Sonntag Nachm. zu kleinen Preisen: Der Vogelhändler.

**Metropol-Theater.**  
 Behrenstr. 57/58, Dir. Rich. Schultz.  
 Heute zum 11. Male:  
**Die kleinen Mädchen.**  
 Operette in 3 Akten v. André Messager.  
 Hierauf:  
**Die Engländer.**  
 Tanzspiel in 14 Bildern v. G. Regal und J. Souil.  
 Anfang der Vorstellung 1/2 8 Uhr.  
 Morgen Montag u. folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonnabend, den 7. Januar 1899:  
**Erster grosser Metropol-Theater-Ball.**

**Urania**  
 Taubenstrasse 48/49.  
 Im Theater:  
**Die Urzeit des Menschen.**  
 Im Hörsaal:  
**Dr. Schwahn: "Bilder aus dem Weltensraum".**  
 Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**

**Passage-Panopticum.**  
 Von 6 Uhr ab:  
**Théâtre varié.**  
 Auftreten der  
**Adrienne Gaston,**  
 einzigen Rivalin der  
**Yvette Guilbert.**

**Castan's Panopticum.**  
 Die  
**SIOUX-INDIANER**  
 sind da!

**Thalia-Theater.**  
 Dredenerstr. 72/73.  
**Gastspiel Emil Thomas Mein Leopold.**  
 Original-Vollstück mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) v. Adolph Krumpholtz. Musik v. R. Bial. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Olympia-Theater**  
 Karlsru. (Circus Ronz) Karlsru.  
 Abends 8 Uhr: Zum 107. Male:  
**Mene Tekel.**  
 Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Dornröschen.**  
 Besonders hervorzuheben:  
**Die Bonbon-Kanone.**  
 Halbe Preise. 1 Kind frei.  
 Sonnabend, den 7. Januar er.:  
**Erstes Auftreten von Ella Goltz.**

**Circus Rens-Riesen-Tunnel.**  
 Direktion: J. M. Hüll.  
 Täglich: **Grosses Konzert** der Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und **Grosse Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.  
 Das vollständig neue Jahresprogramm. Anf. Wochen 6 1/2 Uhr. Sonnt. 5 Uhr. Eintritt Wochen 10 Pf. Sonnt. 30 Pf.

**Apollo-Theater.**  
 Direktion E. Waldmann.  
**Carola**  
**Débriège**  
**Alexia.**  
**15 Debuts.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Alcazar-Theater**  
 Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.  
 Täglich mit grossem Beifolg:  
**Höllengalen**  
 oder:  
**Der kalte Leichnam.**  
 Schwant von Bernhardt.  
 Zum Schluss, neu:  
**Zauf-Zenfchen!**  
 Wiederpiel von R. Lindner. Musik von G. Cella.  
 Gesamts-Auftreten des neu engagierten Schauspiels und Spezialitäten-Veranstalt.  
 Anfang: 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Eintritt: Wochen 40 Pf. Sonntag 30 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

**W. Noack's Theater**  
 Brunnenstr. 16.  
 Heute, Donnerstag, den 5. Januar:  
**Die Lieder des Musikanten.**  
 Volkstück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneifel.  
 Nach der Vorstellung: **Tanztränzen.**

**A. Frankl's Théâtre Variété**  
 Köllnischer Fischmarkt 6. **Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Auftreten der russ. Fürstin **von Dragomann.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr

**Reichshallen. Stettiner Sänger**  
 (Mensel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)  
 Zum Schluss:  
**Repita vor Gericht.**  
 Ensemble von Messel.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orch.-Loge 1.50. Fremden-Loge 2 M. Tageskasse von 11-1 Uhr.

**Mähr's Theater**  
 Crantenstr. 24.  
 Täglich:  
**Sportswädel.**  
**Wer zahlt den Punsch?**  
 Soloballet in 1 Akt.  
 Gelsch. Ballet, vora. Gesangsduett. Alfred Fuchs. Originalmusik. x. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
 Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

**Volks-Theater im Welt-Restaurant**  
 Dredener-Strasse 97.  
 Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Hunge  
 Täglich:  
**Grosse Gala Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.**  
 Novität! **Durch die Blume.** Große Lustspiel-Operette.  
 Unter Polizei-Aufsicht. Gesangsduett. Rudi Saberto, phänomen. Jongleur. Rudinis, Wunderparodien.  
 Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

**Feen-Palast-Theater**  
 Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
 Das riesengrosse **Neujahrs-Programm.**  
 Durchweg neu engagierte **Spezialitäten.**  
 Neu! Um 8 1/2 Uhr: Neu! **Endlich zu Zweien.**  
 Poffe mit Gesang von Johannes Eißner. Ottomar Lehmann Dir. Winkler  
 Anfang 7 1/2, Sonntags 8 Uhr. **Entree 50 Pf.**  
 Vorverkauf 30 Pf. 11-11 Uhr.

**Concerthaus**  
 Leipzig-Str. No. 49.  
 Täglich: Hoffmann's **Quartett-Humoristen**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.  
**Lene Liebe Lene**  
 ist im Druck erschienen.

**Moabiter Gesellschaftshaus,**  
 Alt-Moabit 80-81.  
 Jeden Sonntag u. Mittwoch:  
**Ensemble-Szenen-Konzert**  
 und **Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Passe-partouts werden jetzt für das ganze Jahr gültig, vergeben.  
 Anfang: Sonntags 7 Uhr. Entree 30 Pf. C. Peters.

**Circus Busch**  
 Donnerstag, den 5. Januar 1899.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Solrée équestre.**  
**PERSIEN.**  
 Besonders hervorzuheben: **Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.**  
 Außerdem: Auftreten d. Elite-Kreuzbataillon-Troupe Solampagos. Die neuen Freiheitskämpfer des Dir. Busch. Hr. Schulquadrille, ger. v. 8 Damen und 8 Herren. Dogcartfahrt mit eigend dazu dress. Pferde von Mme. Marie Doré. Auftreten des berühmten Schreiters Burkhardt-Footitt. Ausz. sämtlicher Akten und Aufzüge.  
 Morgen 7 1/2 Uhr: **Persien.**  
 Bittig! **Knaben-Anzüge! Bittig!** Paletots, Mädchenkleider u. Mantel. O. Hoffmann, Beierstr. 14.

**Unterstützungsverein aller in d. Hut- u. Filzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Montag, den 2. Januar, starb nach langem Leiden unser Kollege **Hugo Schmidt** im 50. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Wilhelmstr. aus statt.  
 Der Vorstand.

**Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.**  
 Unser Mitglied **P. Pohl** ist am 2. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags um 3 Uhr, auf dem Neuen Südwestkirchhof statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

Zur Gründung eines großen Geschäfts in Provinzialstadt nahe Berlin (wöchentlich Reingewinn mindestens 1000 M.) wird Geldmann mit 6-8000 M. von zwei tücht. Fachl. gef. Off. unter **O. S.** an die Exped. d. Bl. (32466)

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**  
 Sonnabend, den 14. Januar 1899,  
**in Stecher's Festsälen, Andreas-Strasse 21: Gr. Wiener Masken-Ball.**  
 Die Mitglieder und Freunde werden eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen. Billets à 50 Pf. sind bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern vorher zu haben: Dieberrn, Neue Kömiger 15; Kraft, Gramstr. 19, Luers 4 Tr.; Schwann, Briesenerstr. 24, v. 3 Tr.; Brunzel, Wilsdorfstr. 61, 3 Tr.; Schneider, Plan-Wer 31, Hof 2 Tr.; Riebb, Mariendorferstr. 2; Petermann, Reinholdsdorferstr. 66, v. 4 Tr.; Waha, Giesebachstr. 31, v. 3 Tr.; Giese, Mariannenplatz 19, Hof 2 Tr.; ferner bei Hrn. Sandelow, Langestr. 13 im Restaurant; Hrn. Schmidt, Währingerstr. 38 im Restaurant, u. Hrn. See, Fährtenbergerstr. 15, 3 Tr. Anfang 8 1/2 Uhr. Um 12 Uhr: **Demastierung.** Ende? (3259/1) **Das Komitee.**

**Achtung, Rabsitzspanner!**  
 Das Versammlungslokal sowie der Arbeitsnachweis der Rabsitzspanner und Berufsgeoffenen befindet sich jetzt Lindenstraße Nr. 106 bei Herrn **Karl Goedel.** 265/1

**Der Mensch im Licht.**  
 Neuer Projektionsvortrag vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann am Freitag, den 6. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Noth, Weberstraße 17 für **Lungen-, Magen- und Herzleidende** sehr wichtig. Männer und Frauen willkommen.  
 Für 20 Pf. Eintritt eine Broschüre. **Körper- und Naturheilverein,** jetzt Wagnersstr. 17. Sprechzeit von 11-2, 6-8, Sonntags 11-12.

**Schonung der Pferde**  
**Sicheres Fahren u. Reiten**  
 auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der **Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)**  
 Stets scharf! Kronentritt unmöglich!  
 Um vor wertvollen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelner unserer H-Stollen mit nobelschöner Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten sollte.  
 Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.  
 Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:  
**Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.**

**Großer Möbelverkauf**  
 Crantenstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr.) in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungen. Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauterhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Eintreten zu beichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Erparung der teuren Rohmaterialien bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochdelegante von 500-3000 Mark zu liefern. Fertige Wohnzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den kaulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Transiente erhalten hübsches Furnus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderkabinett 18, Waschtiseltisch, Küchen-schrank 18, Kommode 15, Spiegel 7, Kleiderschrank 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matrize 18 M., Ruh-damm u. Mahagoni furnierte Kleider-schrank, Verticore 32 M., Kleiderschrank mit Sprungelboden 40, elegante Säulenschemel 45 M., Salonarmatur 60, 75 und 105 M., Porellenschrank mit Sattelstufen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmückte Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorzüge vertriehen gewesener, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Verkaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

**Warum verdient die Privat-Bahn-Klinik von F. Steffens, Hohenstaufenstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?**  
 Möglichst! ? 5% Rabatt!  
 Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Teilzahlung pro Woche 1 M. Schmerzl. einsetzt.  
**Spezialität:** Behandlung angest. tischer und emundlicher Perionen.  
 Möglichst! ! 5% Rabatt!

**Die Festsäle und der Garten**  
 werden vom 1. April 1899 wieder an Gewerkschaften, Gesang-, Theater- und Vergnügungs-Bezirke unter kaulanten Bedingungen zu Festlichkeiten vergeben. Rechtzeitige Meldungen erwarnt **Julius Wernau,** 632/1, Gastwirth, Schwedterstr. 23/24.

**Betten, Stopp, Gardin, Vorhänge, Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Mantel-Ärmel, Opern- und Sportkleidung, Pfandleihe Alexanderstraße 6.**

**Dr. med. Schaper,** prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8 **Schöneberger Ufer 25.**

**Homöopath. Poliklinik**  
 Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8. **Friedrichstraße 114. I.** (590/L)

**Naturbutter** 10 Pf. - Koll. 11.50, 1.10 Pf. - Bienenhonig 3.80. **Tlustonke Spitzer, 8, Probusstr., Gelligen.** 32495

**Cöpenick.**  
 Den Parteigenossen sowie den Mitgliedern des **Gesangvereins "Morgenroth"** zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Gustav Schirge,** am Dienstag, den 3. Januar, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d. M., Nachmitt. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Dorotheenstr. 3, aus statt. 65/1. Der Vorstand des Gesangvereins Morgenroth.

**Danksagung**  
 für die reichliche Unterstützung und Beteiligungs der Kollegen an der Beerdigung meines Mannes des **Steinmetz Karl Perschke,** 32446] **Wwe. Perschke.**

**Orts-Krankenkasse der Sattler.**  
 Am Mittwoch, den 4. d. M., starb das Mitglied **Walter Tacke** (Werkstatt von Verch). Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. M., Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weihenstr. Gustav Adolfs-straße 64/72, aus, statt. **J. A. R. Dittberner.**

**Soeben beginnt neuer Jahrgang:**  
**IN FREIEN STUNDEN**  
  
**ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10 - PFENNIG DIE TOCHTER DES SÜDENS**  
 Zu beziehen durch alle Colporteurs und Speditours.  
**Zähne 1,50 M.** Reparaturen 2 M. Schmalz 3 M. Zahngelb 1 M. Blumen 1 M. u. E. Fuhrmann, Dentsch, Schwedterstr. 215 a, Ecke Rappanien-Allee. 6332\*

**Sie müssen Ihre Handtücher theurer verkaufen,**  
**Herr Schlesinger!**  
 Mein Mann will nicht glauben, daß das ganze Duzend nur 2,70 kostet!  
 Was sind denn das für Handtücher?  
 50 cm breit, 110 cm lang, Gerstenkor!n!  
 Wo? Bei **Herrmann Schlesinger,** Wäldersstr. 39.  
 Dort, wo's die schönsten Reste gibt?  
 Ganz richtig!

**Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-Bairischbier- u. gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Besondere Zimmer mit Klavier für 20-50 Personen. \* **H. Stramm, Neß, Ritterstr. 123.** **Konsumwaren-Verh.** in 8. milit. Weg. Albrecht-Str. 8. Off. P. 8. 632/1. **Der 1/3. cr. ist das 20 Jahre beste. Cigarren-Gesch. Kopenstr. 90 preisw. zu verkaufen.** 42/19

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
 Bei der Firma **Fork, Kretzschmar & Co.** Barnimstr. 13, (Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenz der Arbeit niedergelegt.  
**Zuzug fernhalten!**  
 108 Die Ortsverwaltung.  
**Grundrider**  
 auf Goldleihen, der selbständig arbeiten kann und auch Eisen zu machen versteht, verlangt sofort die Spiegel-fabrik von **Gustav Koch,** Hixdorf, Thälingerstr. 17. 3275  
**Händler u. Hansirer**  
 gesucht für einen geleicht. leicht abgehenden Berchmischartikel (10 Pf.). **Richard Sack,** 42/17\* **Kottbuserstr. 21, 2 Tr.**  
**Packer** verlangt Goldleihen-Gabrit Friedrichstr. 10. 32355  
**Oberdrucker.**  
 In einer Berliner Vordruckfabrik wird zur Leitung der gesamten Stein-druckerei ein tüchtiger Oberdrucker gesucht, welcher gute Erfahrungen in ersten Chromolithograph-Anhalten gesammelt und sich hierüber durch Zeugnisse ausweisen kann. — Off. mit Gehalts-Anspr. an Rudolf Mosse, Berlin SW., sub J. R. 830. 42/10

**Einige tüchtige Dreher**  
 werden sofort verlangt.  
**Reu-Müppiner Fahrrad-Fabrik "Germer".** Hermann Barthe.  
**Karion-Arbeiterinnen**  
 verlangt Pape, Wassergrasse 3. 32455  
**Stahlgraveure.**  
 tüchtige, gesucht bei Franz Mosgan, Martinsstr. 50. 32436